

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 195 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 4/2011 VOM 6. APRIL 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **WHG-Mieter finanzieren
Gaststätte und Hotel**
Schon 2009 erhebliche Verluste

5 | **Atomprotest in Eberswalde
hat viele Väter**
Weiter montägliche Mahnwachen

8 | **Bürgerhaushalt
nun auch in Bernau**
Linke Fraktion informierte

Erst handeln –
dann entscheiden lassen:

Neuer Prestigebau in Eberswalde geplant

von Albrecht Triller

Am 3. März konnte man in der MOZ lesen: »Grünfläche im Zentrum weicht Millionen-Bau« – ein Artikel zu Plänen für die Bebauung der Südseite der Friedrich-Ebert-Straße. Leider zeigte diese Zeitung an meiner Meinung zu diesem Thema kein Interesse.

Vorgesehen ist der Bau einer geschlossenen Gebäudezeile mit Läden im Erdgeschoß und hochwertigen Wohnungen in den Obergeschossen.

Ein neues Prestigeobjekt der Stadtoberen soll die Stadtbürger begeistern. Endlich werden die Folgen des zweiten Weltkrieges an dieser Stelle überwunden, das ist natürlich ein paar Milliochen wert. Und die Stadt war auch nicht untätig, hat sich schon mal eine Machbarkeitsstudie erarbeiten lassen und einen Architektenwettbewerb vorbereitet. Und die städtische WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH sucht die Millionen zusammen. Der Infrastrukturminister hat schon Glückwünsche übermittelt und Fördermittel zugesagt und die Stadtverordneten würden demnächst auch informiert. Da kommt Freude auf!

Aber verantwortungsbewußte Kommunalpolitik sieht anders aus. Sie braucht vor allem keine Prestigeobjekte, sondern gut überlegte und nachhaltige Investitionen. Der angedachte Millionenbau an der Friedrich-Ebert-Straße gehört bis jetzt jedenfalls noch nicht dazu. Es stellen sich vielmehr viele Fragen:

1. Wo bleibt die »Waldstadt« Eberswalde, wenn eine Grünfläche nach der anderen verschwindet?
2. Woher kommen bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung die Mieter der neuen Wohnungen? Bedeutet der Neubau nicht noch mehr Abrisse dann überflüssiger Wohnungen?
3. Geplant sind Wohnungen und Gewerbe zentrumsnah und auf hohem Niveau. Wo bleiben dabei die zentrumsfernen Bereiche der Stadt? Soziale Brennpunkte mit schwacher Infrastruktur?
4. Angeblich warten mögliche Mieter schon auf die neue Geschäftspas-

sage. Wo haben die jetzt wohl ihren Sitz? In der Eisenbahnstraße? Haben wir nicht schon genug Leerstand bei Gewerberäumen, auch in der Eisenbahnstraße?

5. Welche Auswirkungen hat ein neuer Einkaufsmarkt (REWE) auf dem ehemaligen Brauereigelände plus Neubau Friedrich-Ebert-Straße für das Einzelhandelskonzept der Stadt?

6. »Standorte in der Innenstadt sind unglaublich gefragt«, sagt Baudezernentin Anne Fellner. Da müßten doch die privaten Investoren für die Bebauung der E.-Ebert-Str. Süd Schlange stehen. Warum muß ein solches Projekt von der Kommune, bzw. deren Tochter realisiert werden? Ist nicht gerade dieser Standort wegen der schwierigen Baugrundverhältnisse besonders kostenintensiv und risikobehaftet?

7. Hat nicht die WHG noch genügend Altbausubstanz in der Innenstadt, die die Instandsetzung und Modernisierung dringend nötig hat?

8. Hat sich die WHG mit den städtischen Prestigeobjekten Hotel Palmenhof und Brasserie im Haus am Stein nicht gerade eben erst übernommen?

9. Sollen die Mieter der WHG nun die Risiken einer derart großen Investition der WHG tragen? Vielleicht muß die finanzgebeutelte Stadt sogar noch eine Bürgschaft übernehmen für ein solches WHG-Projekt übernehmen?

10. Sind nicht vielerorts die kommunalen Wohnungsgesellschaften in einem schwierigen wirtschaftlichen Fahrwasser? Dürfen wir die städtische Wohnungsgesellschaft durch riskante Großobjekte gefährden?

»Viel Zeit bleibt dabei nicht«, wird die Baudezernentin zitiert. Damit kündigt sich schon wieder Druck auf die erst zu führende Debatte über eine gewichtige Entscheidung an. Durch die Vielzahl der Vorentscheidungen, an denen die Stadtverordneten bisher nicht beteiligt waren, ist eine ergebnisoffene Diskussion kaum noch denkbar. Aber so ist es wohl auch gewollt: erst handeln, dann entscheiden lassen.

Im zweiten Anlauf

Im zweiten Anlauf haben die Eberswalder Stadtverordneten dem Ankauf der Minderheitsanteile der MD Marketing- und Dienstleistungs GmbH Eberswalde durch die Mehrheitsgesellschafterin, der städtischen Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG), zugestimmt. Der Beschluß fiel am 24. März in nichtöffentlicher Sitzung. Einen Monat zuvor gab es noch arge Bedenken, weshalb Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) die Vorlage zum Anteilekauf zunächst zurückzog. Im März tingelte der WHG-Geschäftsführer Rainer Wiegandt durch die Fraktionen. In den nichtöffentlichen Sitzungen brachte er offenbar überzeugende Argumente vor. Jedenfalls kam zur März-StVV die nötige Mehrheit zustande.

Daß hier über städtisches, also öffentliches, Vermögen unter Ausschluß der Öffentlichkeit entschieden wurde, sei nur am Rande erwähnt.

Woher kommt das starke Interesse der WHG, durch den Anteilekauf und die Übernahme der Schulden eine Insolvenz der Gaststättentochter verhindern zu wollen? Das Defizit allein der »Brasserie am Stein« lag laut MOZ Ende 2010 bei 170.000 Euro, wobei die wirtschaftliche Schiefelage schon im Juni 2010 Gegenstand einer WHG-Aufsichtsratsitzung war.

Unter normalen Verhältnissen – bspw. wenn Geschäftsbanken Gläubiger wären – hätte die MD GmbH wohl schon Mitte 2010 ins Insolvenzverfahren gehen müssen. Die Stadt in persona WHG hätte lediglich ihren Geschäftsanteil in Höhe von 13.100 Euro verloren.

Es war wohl kaum eine bloße Imagefrage, wie manche Beteiligte suggerieren wollen, welche die WHG zu ihrem globalen Rettungsprogramm veranlaßte. Vielmehr darf angenommen werden, daß die WHG selbst Hauptgläubigerin ihrer Tochtergesellschaft ist und im Falle einer Insolvenz somit den finanziellen Schaden davontragen würde. Auch ein Mitgesellschafter, vermutlich Neubert senior, muß wohl auf die Rückzahlung seines Gesellschafterdarlehens verzichten, heißt es. Doch den Löwenanteil der Darlehen für den Gaststättenbetrieb – weit über dem Maß der prozentualen Beteiligung hinaus – finanzierte die WHG. Zudem trifft die Zahlungsunfähigkeit der Gaststätte die WHG auch als Vermieterin der Räumlichkeiten im Haus »Am Stein«.

Der WHG-Geschäftsführer konnte offenbar schalten und walten wie er wollte. Daß er den Bürgermeister als Gesellschafter frühzeitig informierte, darf dennoch vorausgesetzt werden. Vielleicht informierte er auch den Aufsichtsrat – dessen Mitglieder zum Schweigen verpflichtet sind. Die übrigen Stadtverordneten und die Bürgerinnen und Bürger erfuhren hingegen von all dem Geschäftsgebaren nichts.

Bevor der Bürgermeister »die Verantwortung übernimmt«, wird wohl der WHG-Geschäftsführer seinen Hut nehmen müssen. Vielleicht nicht gleich – doch oft gibt's einen zweiten Anlauf.

GERD MARKMANN

Krieg ist auch in Libyen keine Lösung

Durch die militärische Einmischung Frankreichs, Großbritanniens, der USA und weiterer Staaten unter dem Vorwand einer Umsetzung der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates ist aus dem Bürgerkrieg in Libyen ein international geführter Krieg geworden. So richtig es ist, Gaddafis Treiben nicht widerspruchlos zu tolerieren, so falsch ist es, Krieg zu führen. Mit der militärischen Intervention wird die Charta der Vereinten Nationen mit Füßen getreten.

Die BRD hat im Weltsicherheitsrat die militärischen Entscheidungen nicht vorangetrieben. Diese lobenswerte Haltung wird nun aus den Reihen von SPD und Grünen kritisiert. SPD und Grüne machen sich wieder zum Vorreiter eines kriegerischen Abenteurers. Sie nutzen dafür das längst widerlegte Argument von Schröder und Fischer, Krieg wäre auch in diesem Falle die ‚Ultima ratio‘. Für DIE LINKE gilt: Krieg ist die Ultima irratio. Wir werden einem Krieg für Öl und einer deutschen Beteiligung daran auf keinem Fall zustimmen.

Die Bundesregierung von Union und SPD hat den libyschen Diktator mit den von ihr 2006 bis 2009 genehmigten Rüstungsexporten von über 83 Millionen Euro aufgerüstet und den Krieg gegen die eigene Bevölkerung für Gaddafi führbar gemacht. Sie hat nichts getan für einen weltweiten Stop von Rüstungs- und Munitionslieferungen. Im Gegenteil, die BRD gehört zu den größten Waffenexporteuren in der Welt.

Wir fordern, eine Kriegsbeteiligung der BRD auszuschließen. Die Bundesregierung muß ihre Enthaltung im Sicherheitsrat nun in politisches Handeln umsetzen und auf Großbritannien, Frankreich und die USA mäßigend einwirken. Die BRD muß ihrer Rolle im Weltsicherheitsrat gerecht werden und sich dafür einsetzen, daß unter dem Dach der Vereinten Nationen ernsthaft über einen Waffenstillstand aller Konfliktparteien verhandelt wird. Eine weitere militärische Eskalation muß verhindert werden.

FRIEDEN heißt die Devise. Krieg ist NIE eine Lösung. Auch in Libyen nicht.

DIE LINKE, Basisgruppe »Georgi Dimitroff«, Eberswalde (Brandenburgisches Viertel)

Barnimer Bündnisgrüne mit neuem Vorstand

Turnusgemäß stand in der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Barnim von Bündnis 90/Die Grünen am 1. März die Neuwahl des Kreisvorstandes auf der Tagesordnung. Die anwesenden Mitglieder wählten Elke Rosch, Pädagogin aus Lüdersdorf, und Stefan Böhmer, Heimleiter aus Wandlitz, zu den neuen Sprechern des Kreisverbandes. Der Vorstand wird ergänzt durch Regina Lorenz-Satzer aus Panketal als Schatzmeisterin und Thomas Dyhr aus Schönow als Beisitzer.

Aus dem Vorstand ausgeschieden ist der langjährige Kreissprecher Karl-Dietrich Laffin aus Eberswalde. Er wird sich zukünftig verstärkt dem Aufbau des vor kurzem gebildeten Regionalverbandes Oberbarnim widmen. Die Kreisverbandsmitglieder dankten ihm herzlich für seine bisherige engagierte Vorstandsarbeit.

ELKE ROSCH, Kreissprecherin



Elke Rosch (52) arbeitet als Lehrerin am OSZ II in Eberswalde und pädagogische Leiterin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Angermünde. Ende der 90er Jahre war Elke Rosch Mitstreiterin beim Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg. Sie hob die Bürgerstiftung Barnim-Uckermark mit aus der Taufe. 2004 und 2009 trat sie als Direktkandidatin für B90/Grüne zur Landtagswahl an. Seit 2009 ist Elke Rosch Mitglied bei den Bündnisgrünen. Ihre politischen Schwerpunkte sind Bildung, Demokratie und die Stärkung der Zivilgesellschaft.



Stefan Böhmer (46) war bereits seit 2009 Mitglied des Kreisvorstandes Barnim. Seit 1991 leitet er einen ökologischen Therapiebauernhof in Wandlitz/Neudorf, wo über 60 Menschen mit Suchterkrankungen betreut werden. Er gehört zu den Gründern des grünen Regionalverbands Mittelbarnim, den er seit Dezember 2010 auch als Vorstand vertritt. Seine politischen Schwerpunkte sind die Sozialgesetzgebung und ihre Umsetzung im Kreis Barnim, die Bürgerfreundlichkeit und Transparenz der Verwaltungen und die ökologische Gestaltung der Dörfer und Städte in der Region.

WHG-Mieter finanzieren Gaststätten und Hotel

Kommunale Wohnungsgesellschaft war bereits Ende 2009 mit 400.000 Euro im Tochterunternehmen involviert

Eberswalde (bbp). Bereits im Jahr 2009 »erwirtschaftete« die MD Marketing- und Dienstleistungs GmbH einen Verlust von mehr als 75.000 Euro, nachdem schon in den Vorjahren Verluste angefallen waren, die sich Ende 2008 auf gut 17.000 Euro summiert hatten. Die Gesellschaft wies damit Ende 2009 – ein Jahr vor der aktuellen »Rettungsaktion« – einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 67.424,15 Euro auf.

Dies geht aus dem Beteiligungsbericht der Stadt Eberswalde für das Jahr 2009 hervor, der im September 2010 den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Während dem Hotel »Palmenhof« im ersten Jahr seit Inbetriebnahme eine positive Entwicklung bescheinigt wird, sank der Umsatz in der Gastronomie »Brasserie am Stein« gegenüber dem Vorjahr von 259.000 auf 191.000 Euro. Diese 68.000 Euro weniger Umsatz wirkten sich direkt auf das Jahresergebnis aus, heißt es. Erklärt wurden die Umsatzverluste der »Brasserie« mit dem Straßenbau im AltstadtCarée und der »neuen Wettbewerbssituation mit dem Marktplatz«. Dem sei »entschieden gegenzusteuern«, heißt es in dem Beteiligungsbericht – was offensichtlich nicht gelang. In den übrigen Geschäftsbereichen verringerte sich der Umsatz um 16.000 Euro. Den erhöhten Umsätzen durch Veranstaltungen und der Inbetriebnahme des »Palmenhofs« stehen geringere Umsätze aus Mieteinnahmen und dem Fehlen von Einnahmen, die als »nicht Gaststättenumsatz« bezeichnet werden und im Jahr 2008 die Summe von 217.000 Euro ausmachten, gegenüber.

Der 2009 gesunkene Umsatz der »Brasserie« geht einher mit einem deutlich erhöhten Materialaufwand. Allein für Waren im mit 7 % Mehrwertsteuer begünstigten Bereich stiegen die Aufwendungen der »Brasserie« von 9.500 auf 61.000 Euro, während das Hotel erstaunlicherweise in diesem Segment mit 11.000 Euro rund 55.000 Euro weniger ausgab als im Vorjahr. Eine wenig einleuchtende Rechnung.

Neben dem Materialaufwand (24,5 %) machen die Personalkosten mit 47 % den größten

Ausgabeposten aus. Im Jahr 2009 waren im Jahresdurchschnitt 17 Arbeitskräfte beschäftigt. Einschließlich der Sozialabgaben waren dafür 208.000 Euro fällig (12.235 Euro pro Beschäftigten, das entspricht einem durchschnittlichen Monatsbrutto von 860 Euro) gegenüber 164.000 Euro bei durchschnittlich 18 Arbeitskräften im Jahr 2008.

Die Raumkosten beliefen sich auf 128.000 Euro (29 %). Dabei reduzierte sich die Miete für die »Brasserie« von 32.300 auf 20.000 Euro – ein indirekter Zuschuß der Gesellschafterin WHG, der wohl schon eine Reaktion auf das schlechte Betriebsergebnis war. Zugleich wurden 2009 erstmals 5.000 Euro für den »Radstopp« (ehemaliger Jugendclub im Leibnizviertel) und 56.600 Euro für den »Palmenhof« 56.600 Euro fällig. Hinzu kamen rund 45.000 Euro an Betriebskosten.

Als Zinslast sind 10.000 Euro verbucht, was angesichts der Darlehenssumme (431.500 Euro) einem Durchschnittszinssatz von etwa 2,3 % entspricht. Offenbar wurde ein Teil der Gesellschafterdarlehen zinslos gewährt.

Bemerkenswert ist der rasche Anstieg der Bilanzsumme von knapp 150.000 Euro im Jahr 2007 auf mehr als 530.000 Euro im Jahr 2009, der allerdings weniger den Geschäftsbereich »Brasserie« betrifft und hauptsächlich auf die Investitionen in das Hotel »Palmenhof« zurückzuführen ist. Ebenso bemerkenswert ist, daß keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen sind, wobei die Gesellschaft schon nach den Verlusten von 2009 über keinerlei Eigenkapital mehr verfügte. Fast der gesamte Kapitalbedarf wurde demnach durch Darlehen der Gesellschafter gedeckt, wovon wiederum die WHG den Löwenanteil bereitstellte. Ende 2009 war die WHG Gläubigerin mit 247.323,48 Euro für die Hotelausstattung, mit 36.691,30 Euro für nicht näher genannte Zwecke sowie mit 102.976,41 Euro ebenfalls nicht näher benannte »Verbindlichkeiten gg. WHG ab 2009«. Rechnet man das verbrauchte Eigenkapital von 13.100 dazu, hatte die WHG zum 31. Dezember 2009 bereits etwa 400.000

Je mehr man sich mit dem Gegenstand der Beinahepleite der WHG-Tochter beschäftigt, desto mehr Fragen tauchen auf.

So ist in der lokalen Tageszeitung von 170.000 Euro Verlusten im Jahr 2010 die Rede, die angeblich hauptsächlich zu Lasten der »Brasserie« gehen. Wie sind solche Verluste möglich, wenn im Jahr 2009 der Gesamtumsatz der »Brasserie« bei nur 191.000 Euro lag? Hat die Gaststätte im Jahr 2010 etwa fast gar nichts mehr verkauft – und trotzdem die vollen Kosten verursacht?

Oder werden hier Kosten des Hotels auf die Gaststätte abgeladen, um so – aus welchen Gründen auch immer – den Hotelbetrieb nicht als eigentlichen Verlustbringer erscheinen zu lassen?

Was hat es mit den fast 7.000 Euro auf sich, die in der 2009er Bilanz als »Forderungen gegenüber dem Geschäftsführer« verbucht sind? Wie hat sich dieser Bilanzposten im Jahr 2010 entwickelt?

Zu fragen ist nicht zuletzt, wieso die Einzelheiten des Deals in nichtöffentlicher Sitzung abgehandelt wurden, wo doch spätestens mit dem nächsten Beteiligungsbericht das meiste ohnehin der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird?

G.M.

Euro in die MD GmbH gesteckt. Die stillen Zuschüsse infolge Mietverzichts (allein 2009 für die Brasserie 12.300 Euro) nicht mitgerechnet. Das Engagement der Mitgesellschafter erscheint demgegenüber eher bescheiden. Die Bilanz zum 31.12.2009 weist hier eine Summe von 34.804,65 Euro aus. Weitere rund 10.000 Euro stellte der Bierlieferant »Radeberger« zur Verfügung.

Die Gesamtschuld aus Darlehen betrug Ende 2009 demnach 431.500 Euro. Dazu kommen dann noch unbezahlte Lieferungen und Leistungen, die mit rund 62.000 Euro zu Buche schlagen, sowie sonstige Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt, Sozialabgaben, Lohnsteuern und Umsatzsteuern.

partie Gastronomie« begeben? Nun ist das Kind in den Brunnen gefallen und es stehen Verluste von 170.000 Euro an. Wer zahlt das? Würden die Verantwortlichen mit ihrem eigenen Geld auch so umgehen?

Auch andere städtische Gesellschaften, wie die Technischen Werke, versuchen sich glücklich im Gastronomiegewerbe. Zum Beispiel die »Alte Zählerwerkstatt«, die in den vergangenen Jahren immer neue Namen bekam. Uns wurde anlässlich eines sechzigsten Geburtstages ein »Saufraß« vorgesetzt – also auch miese Qualität, schlechtes Personal. Da geht man nur einmal hin.

Schlitterpartie Gastronomie

»Demokratie in der Waldstadt noch nicht angekommen«, unter diesem Motto veröffentlichte ein Student vor etwa zehn Jahren seinen Leserbrief. Diese Aussage hätte man auf der Stadtverordnetenversammlung am 24. Februar 2011 hautnah miterleben können. So wird es wohl nach dreißig Jahren noch sein, wenn WHG-Mieter und Bürger weiterhin interessenlos vor sich hin dümpeln.

Ich habe durch die Leserzeitschrift »Bammer Bürgerpost« erfahren, daß die WHG Eberswalde sich als Gaststättenbetreiber versucht. Was hat eine Wohnungs- und Hausverwaltung

mit Gastronomie zu tun? Hat sie nicht andere Aufgaben? Hat man nicht bedacht, daß in die Gaststätte »Palmenhof« gut ausgebildetes Fachpersonal gehört? Hat man nicht bedacht, daß in Eberswalde weitestgehend ein mittleres und gehobenes Bürgertum fehlt? Bei meinen Besuchen im »Palmenhof« habe ich oft nur Linke und FDPler gesehen, worauf ich fluchtartig das Etablissement verlassen habe.

Die WHG hat zweifelsohne nach der Wende auch hervorragendes geleistet, Neugestaltung der Wohngebiete, Messingwerksiedlung etc. Wie konnte sie sich aber auf so eine »Schlitter-

Alter und neuer Vorsitzender

Chorin (fdp). Die Barnimer Liberaldemokraten wählten auf dem Kreisparteitag am 12. März in Chorin Amtsinhaber Gregor Beyer erneut zu ihrem Kreisvorsitzenden. Zuvor hatte Beyer angekündigt, letztmalig für eine Kandidatur als Kreisvorsitzender zur Verfügung zu stehen. Zum neuen Vorstand der FDP Barnim zählen Heiner Loos aus Ahrensfelde und Wolfgang Franke aus Biesenthal (stellvertretende Vorsitzenden), Thomas Oesterling (Schatzmeister), Barbara Ehm (FDP-Kreistagsvorsitzende) sowie die Beisitzer Martin Hoeck, Sven Schilling, Manuela Göpel und Dr. Charlotte Canditt. Zudem stimmten die Anwesenden über die 12 Delegierten für den Landesparteitag am 2. April 2011 in Potsdam ab.

Desweiteren berieten die Liberalen über verschiedene Anträge, die zum Kreisparteitag eingereicht wurden. Ein Antrag zur *»Stärkung von Schule und Schaffung einer Modellregion zur Aufgabenkritik der Staatlichen Schulämter«* wurde nach intensiven Diskussionen mehrheitlich angenommen und wird auf dem Landesparteitag am 2. April durch die FDP Barnim eingereicht. Ehrengast war der Brandenburger Bundestagsabgeordnete Herr Prof. Dr. Martin Neumann, der den Anwesenden einen umfangreichen Überblick über die Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung gab.



Gregor Beyer, alter und neuer Kreisvorsitzender der FDP Barnim, übernahm am 2. April auch den Vorsitz des Landesverbandes der Liberalen in Brandenburg.

Service auch im Außendienst

Eberswalde (prest-ew). Das Bürger- und Ordnungsamt der Stadt Eberswalde bietet u.a. auch Serviceleistungen im Außendienst. Und das nicht erst seit der Schließung der Außenstellen Finow und Brandenburgisches Viertel zum Jahresbeginn. *»Seit dem Jahr 1994 bieten wir Serviceleistungen im Außendienst an«,* sagt Amtsleiter Uwe Birk. *»Aufgesucht werden Einwohnerinnen und Einwohner, die auf Grund ihres Gesundheitszustandes nicht in der Lage sind, persönlich in die Stadtverwaltung zu kommen.«*

Konkret geht es um Belange, die im Bürger- und Ordnungsamt durch das Sachgebiet Paß- und Meldewesen zu erledigen sind. Der Service wird nach Terminabsprache von Montag bis Freitag geboten. Er richtet sich vor allem an Einwohnerinnen und Einwohner mit Aufenthalt in Alters- und Pflegeheimen, in medizinischen Einrichtungen oder an Menschen, die ihr gewohntes Wohnumfeld nicht verlassen können. Zu erreichen ist der Service unter 03334/64158 oder 64145.

Einschüchterungsversuch

Solarfirma Heliotron GmbH will Meinungen zu illegalen Baumfällungen unterdrücken

Eberswalde (bbp). Im Sommer 2010 hatte Dr. Andreas Steiner auf dem Barnim-Blog einen Artikel veröffentlicht, in dem er auf illegale Baumabholzungen im Rofinpark an der Hans-und-Hilde-Coppi-Straße hinwies. Dort war im Juni/Juli 2010 – inmitten der Vegetationsperiode – ein vier Hektar großes Gelände vollständig von der Vegetation befreit worden. Dabei waren 107 vitale Bäume gefällt worden, die der Baumschutzverordnung unterliegen (BBP 7/2010, 1/2011).

Auf dem Gelände entstand bis zum Jahresende ein Solarpark. Die bauausführende Firma Heliotron GmbH hatte sich von dem Umweltfrevler distanziert und Anzeige gegen unbekannt wegen »Holzdiebstahl« erstattet. Da möge sich »jeder selbst ein Urteil bilden«, schrieb Dr. Steiner. Die zuständigen Behörden jedenfalls konnten die Verursacher nicht ausfindig machen, informierte die in der Kreisverwaltung für Naturschutz zuständige Sachgebietsleiterin Solveig Opfermann Anfang 2011 auf Steiners Nachfrage. Die Polizei sei mit ihren Ermittlungen aber noch nicht am Ende. Zuvor hatte der Wirtschaftsdezernent des Kreises Carsten Bockhardt allen Investoren, die sich Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sichern wollen, größtmögliche Unterstützung zugesichert (BBP 9/2010). Da möge sich jeder selbst ein Urteil bilden.

Inzwischen gibt es Neuigkeiten. Anfang März erhielt der Betreiber des Barnim-Blogs Post von einem Rechtsanwalt der Heliotron GmbH, mit der Dr. Steiner üble Nachrede gemäß § 186 StGB vorgeworfen wird. Dr. Steiner sei zeitgleich zur Abgabe einer Unterlassungserklärung aufgefordert worden. Der Bar-Blog-Betreiber setzte daraufhin Steiners Artikel vom Juli 2010 auf »privat«, so daß weder der Artikel noch die zahlreichen Kommentare öffentlich eingesehen werden können.

Bei Dr. Steiner indes ging die Rechtsanwaltspost erst Ende des Monats ein. Konkret werden Dr. Steiner drei Äußerungen im Diskussi-

onsforum Barnim-Blog vorgeworfen. So habe er am 27.07.2010 geschrieben: *»Ob die Firma Heliotron vorschnell und damit gesetzeswidrig handelnd eine Baufeldräumung im Auftrag gegeben hat und damit vollende Tatsachen schaffen wollte, ist noch nicht geklärt.«* Am 31.12.2010 folgte: *»...es wäre mir lieber gewesen, wenn Sie ... vielmehr endlich zu Ihren illegalen Baumabholzungen im Rahmen der Baufeldräumung Stellung beziehen.«* Und schließlich am 02.01.2011: *»Dies bestärkt mich in meiner Vermutung, daß Herr Heiko Hahn (Firma Heliotron GmbH, Dorfstraße 64, 09236 Claußnitz) bzw. ihr Projektant Frank Korda ... in der Angelegenheit mit den illegalen Baumabholzungen auf dem Gelände nahe der Rofinparks verwickelt sind, entweder eigens als Verursacher oder als Auftraggeber.«*

Dr. Steiner sagt also, *»...ist noch nicht geklärt«, »mir wäre lieber gewesen, wenn Sie ... Stellung beziehen«, »...bestärkt mich in meiner Vermutung...«.* Für den Heliotron-Rechtsanwalt sind das Tatsachenbehauptungen, *»üble Nachreden«,* die Schadenersatzforderungen und Unterlassungserklärungen zur Folge hätten.

Rechtsanwälte dürfen bei der Vertretung ihrer Mandanten lügen, nötigen und mit Drohungen nur so um sich werfen. Das ist rechtsstaatlich erlaubt, denn Rechtsanwälte sind parteiische Interessenvertreter. Wer das weiß, kann damit umgehen. Dr. Steiner hält den Vorstoß des Solarunternehmens für einen bloßen Einschüchterungsversuch, dem er sich mit aller Macht entgegensetzen werde.

100 Bäume werden im April gepflanzt

Eberswalde (prest-ew). Wie das Eberswalder Bauamt mitteilt, werden im April in Eberswalde über 100 Bäume gepflanzt. Die Pflanzung erfolgt teilweise als Ersatz für Fällungen in den Jahren 2010 und 2011 und teilweise als Austausch für erkrankte oder abgestorbene Straßenbäume, die im März entnommen wurden. In Anpassung an das Umfeld und an schon vorhandene Bäume werden Platanen (Freienwalder Straße), Winterlinden (Eberswalder, Schweizer und Brunnenstraße), Rotbuchen (Bernauer Heerstraße), Rot- und Säuleneichen (Rudolf-Breitscheid-Straße, Eichwerderstraße/Ecke Mauerstraße), Rotdorne (Karl-Marx-Ring, Danckelmann- und Georg-Herwegh-Straße), Spitz- und Kugelahorne (Sommerfelder Chaussee, Bahnhofstraße), Kugelrobinien (Triftstraße) sowie Blumeneschen (Friedrich-Engels-, John-Schehr-, Hegel- und Schillerstraße) gepflanzt. Auf dem Bahnhofsvorplatz

werden 3 Kugelahorne gegen Blumeneschen und in der ersten Reihe des »Park & Ride« werden 2 Spitzahorne gegen Gleditschien ausgetauscht. Die Ahorne haben eine Welke-Krankheit, gegen die die Blumenesche und die Gleditschie als resistent gelten. Für die Pflanzungen in der Georg-Herwegh-Straße, der Freienwalder Straße, im Karl-Marx-Ring, in der Schillerstraße, in der Bahnhofstraße, in der Friedrich-Engels-Straße und in der John-Schehr-Straße haben sich bereits interessierte Bürger als Baumpaten gemeldet. Sie haben durch ihre Initiative dazu beigetragen, daß die Baumpflanzungen in diesen Straßen erfolgen. Für die anderen Straßenbäume werden noch Baumpaten gesucht (Tel. 03334/64661).

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Schicklerstraße werden im kommenden Herbst 37 Bäume gepflanzt, für die ebenfalls noch Baumpaten gesucht werden.

Für mehr demokratische Rechte

Bürgerfraktion Barnim unterstützt Vorhaben der Stadt Potsdam

Die Bürgerfraktion Barnim begrüßt den Vorstoß der Stadt Potsdam vor dem Verfassungsgericht gegen die bestehende Regelung der Kommunalverfassung zur Mindestgröße von Fraktionen zu klagen. Dieser Versuch der Stadt Potsdam, die bestehende Regelung zu verändern, wird seitens der Bürgerfraktion ausdrücklich unterstützt. Da das Erreichen der Fraktionsstärke eine notwendige Voraussetzung ist, um in den kommunalen Gremien wesentliche Mitbestimmungsrechte ausüben zu können (so z.B. die Entsendung von Vertretern in die Ausschüsse der Städte und Gemeinden), würde eine Veränderung der momentanen Praxis zu mehr demokratischer Vielfalt in der kommunalpolitischen Diskussion und Entscheidungsfindung führen.

Im Jahr 2008 wurde durch die Einführung der neuen Kommunalverfassung festgelegt, daß in größeren Städten erst ab 3 und in Landkreisen, sowie kreisfreien Städten erst ab 4 Abge-

ordneten eine Fraktion gebildet werden kann. Unter dieser Änderung hatten insbesondere Wählergemeinschaften sowie kleine Parteien zu leiden, die oftmals diese Hürde nicht erreichten und daher gezwungen sind, sich mit anderen Wählergemeinschaften oder Parteien zusammenzuschließen, um dadurch die notwendige Fraktionsstärke zu erlangen.

Durch diese erzwungenen Zusammenschlüsse geben sie zum Teil ihre Eigenständigkeit auf, wodurch es ihnen oftmals nicht mehr möglich ist ihre Wählerschaft in einem Maße zu vertreten, wie dies als eigenständige Fraktion der Fall ist. Gerade Wählergemeinschaften und kleine Parteien würden daher sehr von einer Rückkehr zur alten Regelung profitieren, die es ihnen ermöglicht, ihre Arbeit als Vertreter ihrer Wähler sehr viel flexibler und unabhängiger ausüben zu können, so wie dies bis 2008 der Fall war.

INGO NAUMANN

Atomprotest in Eberswalde hat viele Väter

Eberwalde (b90/bbp). Mit Unverständnis reagierten der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen auf die Presseberichterstattung in der Märkischen Oderzeitung zu der Anti-Atom-Demonstration am 28. März in Eberswalde. Kreissprecher Stefan Böhmer erklärte dazu: »Es handelte sich offenbar um ein Mißverständnis über den Termin einer erneuten Mahnwache. Bei der letzten Veranstaltung am 21. März rief der Redner der Grünen, Axel Vogel, zur Teilnahme an der Großdemonstration am 26. März in Berlin auf. Von einer erneuten Mahnwache am 28. März in Eberswalde war nicht die Rede. Die ersten beiden Mahnwachen waren Teil der bundesweiten Aktionen in mehreren hundert Städten.« Für den letzten Montag im März habe es keinen bundesweiten Aufruf gegeben.

»Wir Grüne haben die ersten beiden Mahnwachen in Eberswalde maßgeblich organisiert und waren bei allen Anti-Castor-Aktionen der jüngeren Vergangenheit in Bernau, Biesenthal und Eberswalde aktiv dabei«, so Böhmer. An der Großdemonstration in Berlin am 26. März hätten viele Barnimer Mitglieder und Sympathisanten der Grünen teilgenommen. »In den letzten Jahren waren wir es«, betont der Grünensprecher, »die in Wahlkämpfen und darüber hinaus für den Atomausstieg warben und mit Anti-Atom-Aktionen versuchten, Mitmenschen zu überzeugen«. Vorwürfe, die Barnimer Grünen hätten sich an die Anti-Atom-Bewegung nur »drangehängt«, seien daher völlig haltlos. »Sollten andere politische Gruppen weitere Anti-Atom-Aktionen in der Region planen, bitten wir um Information. Wir sind natürlich gerne bereit, diese aktiv mitzugestalten.«

Die lokale Tageszeitung hatte in ihrem Bericht über die Eberswalder Anti-Atom-Monatsdemo vom 28. März die Organisatoren Flo-

rian Görner (SPD) und Sebastian Walther (Linke) zitiert, die einen Tag nach den für die Grünen so erfolgreichen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Präsenz der Barnimer Grünen auf dem Eberswalder Marktplatz vermißten. »Gemeinsam mit der SPD haben wir gegen die Castor-Transporte mobil gemacht«, sagte Walther, »die Grünen haben sich später drangehängt.«

Nach mehr als 200 Teilnehmern der Vorwoche, waren am 28. März nur noch knapp 100 Atomkraftgegner gekommen. Die meisten von ihnen wollen auch am nächsten Montag um 18 Uhr wiederkommen. Dem trugen inzwischen auch die Bündnisgrünen Rechnung. Am 1. April riefen auch sie zur erneuten Mahnwache auf dem Marktplatz in Eberswalde auf. »Unter dem Motto 'Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt', heißt es in der Pressemitteilung von Grünen-Kreissprecher Stefan Böhmer, »werden wir gemeinsam mit den Teilnehmern vieler weiterer Protestaktionen in der Bundesrepublik den schnellen Atomausstieg fordern und unser Mitgefühl mit den japanischen Menschen zum Ausdruck bringen, die infolge des Erdbebens ihr Obdach verloren oder aufgrund der nuklearen Katastrophe ihre Heimat verlassen müssen.«

(Seiten 7 und 16)

<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>

Freie Oberschule Finow e.V.
 Biesenthaler Straße 14/15
 16227 Eberswalde
www.freie-oberschule-finow.de
 Sparkasse Barnim, BLZ 17052000, Konto: 300 003 8689

KMU-Förderung

Eberswalde (bbp). Seit Beginn der Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) durch die Stadt Eberswalde sind etwa eine Millionen Euro investiert worden. Davon stammt ein Drittel aus EFRE-Fördermitteln, einschließlich 50.000 Euro Mitleistungsanteil der Stadt. Darüber informierte aufgrund einer Anfrage von Bündnis 90/Grüne der Amtsleiter Wirtschaft Dr. Thiel die Stadtverordneten. Die Prüfung der Förderfähigkeit obliegt der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB). Sie erfolgt im Rahmen eines dreiseitigen Vertrags. Die Inhalte der Prüfung sind im StVV-Beschluß 7-87/09 festgelegt und betreffen darüber hinaus die Arbeitsverträge und das Lohnniveau. Insgesamt entstanden im Rahmen der Förderung 6 neue Arbeitsplätze und 6 Ausbildungsplätze. Außerdem konnten 100 Arbeitsplätze gesichert werden.

Arbeitsförderung

Eberswalde (bbp). Aufgrund von Kürzungen der Mittel für »Leistungen zur Eingliederung« durch die Bundesagentur für Arbeit gibt es künftig weniger Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE). Im Bereich der Stadt Eberswalde reduziert sich die Zahl der Ein-Euro-Jobber im Jahr 2012 auf etwa 100 gegenüber 280 im Jahr 2010. Aktuell rechnet die Stadtverwaltung mit 165 geeigneten Personen, in Abhängigkeit der Rahmenbedingungen und der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Darüber informierte Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff auf eine von Carsten Zinn initiierten Anfrage der LINKEN hin (BBP 2/2011). Die Bundesagentur für Arbeit habe sich das Ziel gesetzt, mehr Fortbildungsmittel für den 1. Arbeitsmarkt auszugeben. Eine Nutzung des Bundesprogramms »Bürgerarbeit« und des Landesprogramms »Arbeit für Brandenburg« hänge von den Rahmenbedingungen und den Teilnehmern ab. Ihr Einsatz soll vor allem im Familiengarten, am Treidelweg, bei den Grünannahmestellen und bei den Stadtteilpflegern erfolgen. Hinsichtlich der Vergütung nach dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) werde es eine Klärung geben. Zur Bemerkung des Stadtverordneten Zinn, daß eine Vergütung nach TVöD erfolgen sollte, stellt der Dezernent fest, daß die gegenläufigen Argumente von ver.di und dem Arbeitgeberverband abzuwägen seien und »eine angemessene Vergütung erfolgen« müsse. Näheres zur »Angemessenheit« sagte er nicht. Die Mitbestimmung des Personalrates, so Gatzlaff, sei gewährleistet. Auf die Frage, in welcher Form die Stadtverwaltung bei der Erarbeitung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms 2011 des Jobcenter Barnim eingebunden sei, antwortete der Verwaltungsdezernent, daß die Verwaltung im ständigen Kontakt mit dem Jobcenter stehe. Darüber hinaus habe die Stadtverwaltung jedoch keine Einflußmöglichkeiten auf die Programme des Jobcenters.

Dialog-Display statt Blitzer

Eberswalde (prest-ew/bbp). Im Brandenburgischen Viertel, in der Lausitzer Straße Höhe Spielplatz, wurde kürzlich ein Dialog-Display als Verkehrsberuhigungsmaßnahme aufgestellt. Die Anwohner der Straße hatten sich im letzten Jahr mehrfach über die hohen Geschwindigkeiten in der Straße beschwert. Im Zusammenhang mit weiteren problematischen Straßenabschnitten im Stadtgebiet von Eberswalde hat sich die Stadt Ende 2010 entschlossen, ein mobiles Dialog-Display anzuschaffen.

Das Display tritt mit den Autofahrern in eine sympathische und individuelle Kommunikation. Es bedankt sich bei den Fahrern, die die vorgeschriebene Geschwindigkeit von 30 km/h einhalten und bittet die zu Schnellen um ein »Langsam«. Hierdurch sollen die Fahrzeugführer positiv motiviert werden, die vorgeschriebene Geschwindigkeit einzuhalten. Entsprechend den bisherigen Erfahrungen mit solchen Geräten soll die Aufmerksamkeit gesteigert und die Geschwindigkeit reduziert werden. Nach dem Einsatz an der Lausitzer Straße soll das Dialog-Display auch in anderen problematischen Straßen zum Einsatz kommen.

Inzwischen liegen die ersten Ergebnisse vor. Demnach befahren in der Woche von Montag bis Freitag täglich zwischen 800 und 900 Fahrzeuge die Lausitzer Straße in Richtung Finow. Am Sonnabend sind es etwa 100 Fahrzeuge weniger. Nur wenig ruhiger wird es am Sonntag, wenn um die 500 Fahrzeuge die Straße in dieser Richtung passieren. Eine beispielhafte Auswertung der Geschwindigkeitsmessungen am 25. März ergab, daß von den 894 erfaßten Fahrzeugen sich ein gutes Drittel (318 Fahrzeuge) an die Geschwindigkeitsvorgabe von 30 km/h hielt. Das Gros befuhr die Strecke mit Geschwindigkeiten zwischen 30 und 40 km/h (395 Fahrzeuge), während 181 Fahrzeugführer ihr Auto auf mehr als 40 km/h beschleunigt hatten. Das ist jeder fünfte. Davon befuhren 65, das sind 7,3 %, die Lausitzer Straße mit mehr als den innerörtlich zugelassenen 50 km/h, 19 Fahrzeugführer (2,1 %) sogar über 70 km/h. Spitzenreiter war ein Verkehrsteilnehmer, der sein Fahrzeug auf eine Geschwindigkeit zwischen 90 und 95 km/h gebracht hatte.

Kapital lesen mit Komfort

Die »Kulturkritik« im Internet ist um einiges komfortabler geworden. Nicht nur der kulturtheoretische Teil, sondern jetzt auch die »Kritik der politischen Ökonomie«. Die Seitenführung ist vollständig überarbeitet und ähnlich einem Vergrößerungsprinzip geordnet. Vom großen kommt man leicht ins Detail und umgekehrt. Inhaltsverzeichnis und Index sind jederzeit erreichbar, wie auch Suchfunktionen nach Begriffen und Seitenzahlen. Schaut einfach mal rein: <http://kulturkritik.net/systematik/oekonomie/index.php>. Ähnlich auch »Die Kultur des Kapitals«: <http://kulturkritik.net/kulturkritik.php>.

WOLFRAM PFREUNDSCHUH

Quo vadis ver.di Berlin-Brandenburg?

Anfang März 2011 fand die 3. ordentliche ver.di Landesbezirkskonferenz Berlin-Brandenburg statt. Die bisherige hauptamtliche Führungstroika wurde in ihrem Amt bestätigt. Die Wahlergebnisse für die einzelnen Mitglieder der Landesbezirksleitung muß man aber schon als Abstrafung durch die Delegierten werten.

Susanne Stumpfenhusen erreichte als langjährige ver.di Landesbezirksleiterin 72,9 %, Astrid Westhoff und Roland Tremper als stellvertretende Landesbezirksleiter 53,3 % und 67,3 % der gültigen Delegiertenstimmen. Rolf Wiegand, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Berliner Stadtreinigung, führt erstmalig als Vorsitzender den ebenfalls neugewählten 38köpfigen ehrenamtlichen ver.di Landesbezirksvorstand (Foto) an.



Anfang April 2011 trifft sich der neugewählte ver.di Landesbezirksvorstand gemeinsam mit der ver.di Landesbezirksleitung zu einer zweitägigen Klausurberatung. Schwerpunkt der Klausurberatung im zehnten Jahr des Bestehens der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wird es sein, sich zu den inhaltlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen für die nächsten 4 Jahre zu verständigen.

In meiner ehrenamtlichen Funktion als einer der Sprecher des ver.di Landesbezirkserverslosenausschusses Berlin-Brandenburg habe ich einige inhaltliche und organisatorische Anregungen unterbreitet. So sollte ver.di Positionen zum Entwurf des Brandenburger Vergabegesetzes und zur Umsetzung des Ladenschlußgesetzes in Berlin und Brandenburg erarbeiten. Schwerpunkte sollten auch zur Novellierung des Brandenburger Mobilitätstickets 2012, zum Öffentlichen Beschäftigungssektor in Berlin und Brandenburg sowie zur Rolle der ver.di VertreterInnen in den Beiräten der Job-Center gesetzt werden. Zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2011 sollte ver.di Positionen insbesondere aus arbeitsmarkt-, beschäftigungs- und sozialpolitischer Sicht vorlegen. Weitere Anregungen betreffen die Personengruppen- und Statusgruppenarbeit unter Berücksichtigung der reduzierten personellen und finanziellen Kapazitäten im ver.di Landesbezirk sowie die Auswirkungen der ab 1. Mai geltenden ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit und der 2012 beabsichtigten Reform der Arbeitsmarktinstrumente in den Arbeitagenturen und Job-Centern.

10 Jahre ver.di in Berlin und Brandenburg – bedeutet das mehr Frust als Lust – oder eine

Chance für 2012? Sind die Mitgliederbereinigungsaktionen bei ver.di Erwerbslosen insbesondere in den Bezirken Potsdam-Nordwestbrandenburg und Cottbus gewerkschaftspolitisch gewollt oder betriebswirtschaftlich notwendig?

Welche Möglichkeiten bietet die landesbezirkliche Projektarbeit mit Nutzung der ver.di Kampagnenfonds für Informationsberatungen von Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und NiedriglöhnerInnen? Wie kann sich der ver.di Landesbezirk besser innerhalb des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg einordnen? Hier ist das aktive Mitwirken von ver.di zur Umsetzung der DGB-Strukturreform in den Regionen, insbesondere zur Bildung von ehrenamtlichen DGB-Kreis- und Stadtvorständen, notwendig. Welche Rolle spielt die landesbezirkliche ver.di-Bildungsarbeit? Welche Möglichkeiten gibt es zur Erhöhung von Qualität und Quantität der angebotenen Seminare und wie können KollegInnen, einschließlich Neumitglieder, fach-, personen- und statusgruppenbezogen insbesondere in den berlinfernen Brandenburger Regionen besser einbezogen werden? Schließlich sollten Positionen des ver.di Landesbezirks zur angedachten Kommunalreform diskutiert werden.

Neben inhaltlichen, sollten auch organisatorische Fragen bedacht werden. So hinsichtlich des Selbstverständnisses der ehrenamtlichen Landesbezirksvorstandsmitglieder als MultiplikatorInnen vor Ort in ihrer Innen- und Außenwirkung. Es sollte die Möglichkeit geprüft werden, Beschluß(vor)lagen des ver.di Landesbezirksvorstandes zeitnah auf die ver.di Homepage oder ins ver.di Mitgliedernetz zu setzen. Zur besseren Berücksichtigung der Brandenburger ver.di Bezirke wäre es sinnvoll mindestens einmal im Jahr eine Sitzung des ver.di Landesbezirksvorstand in einem Brandenburger ver.di Bezirk zu absolvieren (ggf. die jährliche Klausurberatung). Zur Entlastung der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder sollten die Sitzungen auf vier pro Jahr reduziert werden zuzüglich der jährlichen Klausurberatung. Um auch den Brandenburger KollegInnen eine streßfreie An- und Abreise zu ermöglichen, sollten die Sitzungen jeweils am Sonnabend in der Zeit zwischen 10 und 15 Uhr stattfinden. Größeres Augenmerk sollte der Personalentwicklung (insbesondere zur Übernahme von Führungsaufgaben) und der Qualifizierung der GewerkschaftsekretärInnen und MitarbeiterInnen geschenkt werden. Schließlich sollte die Erreichbarkeit der hauptamtlichen KollegInnen z.B. durch Vertreterungsregelungen verbessert werden, um zeitnah die Anliegen von Mitgliedern bearbeiten zu können.

CARSTEN ZINN

380-kV-Freileitung:

»Wir bitten die Exekutive«

Eberswalde (bbp). Nachdem im Herbst die Oppositionsparteien Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen gemeinsamen Antrag für ein Brandenburger Erdkabelgesetz in den Landtag eingebracht hatten, zogen nun die Regierungsparteien SPD und Die Linke nach, wie die in Eberswalde direkt gewählte Landtagsabgeordnete der Linken Margitta Mächtig jetzt mitteilte. Allerdings legen die Koalitionsparteien keine eigene Variante eines Erdkabelgesetzes vor. Ihr Antrag ist vielmehr als Bitte an die Landesregierung formuliert, »sich u.a. im Rahmen der anstehenden Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) dafür einzusetzen, daß Hindernisse für eine Erdverkabelung von 110 kV-Hochspannungsleitungen abgebaut und Kriterien für die Ermöglichung der Erdverkabelung formuliert werden«. Die Landesregierung wird gebeten, auf Bundesebene zu versuchen, »zusätzlich zu den vier Pilotprojekten weitere volkswirtschaftlich sinnvolle Teilerdkabelung auf der 380 kV-Höchstspannungsebene zu ermöglichen«. Weitere Wünsche beinhalten, die Mehrkosten der Erdverkabelung bundesweit umzulegen und eine höhere Anerkennung von Mehrkosten, als die gegenwärtig geltenden 60 %, zu erwirken. »Die zuständigen Fachminister der Landesregierung werden gebeten, im Rahmen der Fortschreibung der Energiestrategie 2020 zu prüfen, inwieweit Innovationen, Forschung und Entwicklung von neuen Netztechnologien weiter unterstützt werden können« und im zweiten Quartal im Ausschuß für Wirtschaft über die in Brandenburg geplanten bzw. in Bau befindlichen Projekte für neue Höchst- und Hochspannungsleitungen zu informieren.

Die Anhörung des Wirtschaftsausschusses am 9. Februar zur Erdverkabelung von Stromleitungen habe deutlich gemacht, heißt es in der Begründung, »daß Erdkabel im 110 kV-Hochspannungsbereich technologisch dem Stand der Technik entsprechen, die Akzeptanz von Erneuerbaren Energien erhöhen und auch ökologisch sinnvoll sind«. Es sei zu erwarten, daß sich die Mehrkosten von Erdkabeln gegenüber Freileitungen aufgrund hoher Produktivitätspotentiale künftig deutlich verringern werden. Daher sollte die Erdverkabelung von 110 kV-Hochspannungsleitungen stärker als bisher ermöglicht werden.

Single- und Märchenwanderungen

Bad Freienwalde (naturfreunde). Diskussionsfreudig erwiesen sich die Mitglieder der Naturfreunde Oberbarnim-Oderland e.V. auf ihrer Jahresmitgliederversammlung. Bernd Müller ließ das Erreichte des Jahres 2010 passieren. Erfreut zeigte er sich, daß mit vielen Vereinen der Region Kooperationen laufen. Der alte Vorstand ist auch der neue. Für weitere 4 Jahre wurden gewählt: Bernd Müller aus Bad Freien-



Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) Hand in Hand mit dem »Strom-Monster« der BL.

Der Eberswalder FDP-Landtagsabgeordnete Gregor Beyer hatte sich demgegenüber bereits im Februar dahingehend geäußert, daß eine gesetzliche Regelung zur Erdverkabelung bei 110-kV-Leitungen auch in Zuständigkeit des Landes Brandenburg möglich sei. »Die Landesregierung darf sich nicht aus der Verantwortung stellen«, so Beyer. Die Anhörung vom 9. Februar habe deutlich gemacht, »daß das Land durchaus einen eigenen Handlungsspielraum bei der Gesetzgebung für 110-kV-Erdkabel hat. Rot-Rot versucht auch hier reflexhaft, sich aus der Verantwortung zu stellen«. Lediglich im so genannten Höchstspannungsbereich (380-kV-Leitungen) sei es gegenwärtig rechtlich strittig, ob die Länder selbstständig handeln könnten.

»Die Landesregierung darf sich im Interesse des Landes nicht zurücklehnen und auf den Bund verweisen – Brandenburg muß seine gesetzgeberischen Möglichkeiten nutzen, um mit der Erdverkabelung die notwendige Akzeptanz der Bevölkerung für den Ausbau des Stromnetzes zu festigen«, sagte Beyer. Das Land müsse seine Interessen offensiv artikulieren und dringend notwendige Impulse für innovative Entwicklungen selbst anschieben. »Wer lediglich auf das Handeln anderer verweist, dem kann es passieren, daß er im richtigen Zug sitzt und dennoch mit ansehen muß, wie der Bahnhof abfährt«, sagte Beyer.

walde zum Vorsitzenden, Bernd Schmidt aus Cöthen zum Stellvertreter und Nicole Müller-Wiede zur Schatzmeisterin. Zum erweiterten Vorstand gehören künftig Volker Nagel aus Bad Freienwalde und Sabine Wittig aus Eberswalde als Buchprüfer sowie Bärbel Sand und Margitta Zenk aus Bad Freienwalde als Chronisten. Neu im Plan sind eine Märchenwanderungen für Alleinstehende.

Atomausstieg sofort!

Eberswalde/Bernau (bbp). »Atomkraftwerke sind technisch nicht beherrschbar«, sagte die Eberswalder Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (DIE LINKE) nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel das dreimonatige Aussetzen der Atomlaufzeiten verkündet hatte. »Das sehen wir in Japan einmal mehr. Im übrigen bin ich überrascht, daß die Bundeskanzlerin jetzt eine strenge Sicherheitsüberprüfung der Atomkraftwerke anordnet. Nach Aussagen des Bundesumweltministers waren genau diese strengen Sicherheitsüberprüfungen die Voraussetzung für den Beschluß der Koalition zur Laufzeitverlängerung im letzten Herbst. Jetzt kann man nur hoffen, daß der naturwissenschaftliche Sachverstand von Frau Dr. Merkel nach der Denkpause dem Druck der Energiewirtschaft standhält. Wir brauchen den schnellstmöglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus dieser Horrortechnologie. Die acht stör anfälligsten Atomkraftwerke in unserem Land können, ohne das es Engpässe in der Stromversorgung geben wird, direkt vom Netz genommen werden«, meint Sabine Stüber. Sie fügt hinzu: »Ich denke oft an die Menschen in Japan, die durch das Erdbeben mit all seinen Folgen soviel erleiden. Unser Mitleid darf nicht im politischen Alltag der neu entflammten Atomausstieg Diskussion untergehen, so wichtig diese auch ist. Wir alle sollten überlegen, was wir tun können, um den Menschen in Japan, die alles verloren haben und denen jetzt weiter Gefahr für Leib und Leben droht, zu helfen.«

Ohne einen raschen Atomausstieg wird es keine wirkliche Energiewende und ein Ende der atomaren Gefahren geben, ist sich auch Stübers Bernauer Fraktionskollegin Dr. Dagmar Enkelmann sicher. Die vermutliche Kernschmelze im japanischen AKW zeige erneut, daß Atomkraft prinzipiell nicht beherrschbar und die Forderung der LINKEN nach einem sofortigen Ausstieg unabdingbar sei. Das Aus für die Atomenergie gehöre bereits fest zum politischen Profil der LINKEN, betonte die 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE in ihrer Rede auf einer Tagung der Ökologischen Plattform, die am 12. März im Berliner Karl-Liebknecht-Haus stattfand. Zugleich kritisierte Enkelmann, daß das Thema Ökologie in der Spitze der Partei wie auch auf kommunaler Ebene bei der LINKEN noch immer nicht angekommen sei. DIE LINKE müsse auch vom allgemeinen Rasonieren übers Wirtschaftswachstum wegkommen und sich konkret fragen, »wo und welches Wachstum sie will oder nicht will«, erklärte Enkelmann. »Diese Gesellschaft stagniert oder schrumpft bereits in vielen ökonomischen Bereichen«. Dies betreffe die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten wie auch der Hartz-IV-Bezieher oder der Altersrentner. Die Formulierung im Programmentwurf der LINKEN, ein »reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis erneuerbarer Energien« umzusetzen, reiche nicht aus, so Enkelmann. Ökologie müsse ein integraler Teil linker Politik werden. Im Programmentwurf fehle klar ein »grüner Faden«.

Bürgerhaushalt Bernau

Fraktion DIE LINKE informiert

In der Stadt Bernau wird für das Jahr 2012 erstmals ein Bürgerhaushalt aufgestellt werden. Das heißt, bereits in diesem Jahr können die Bürgerinnen und Bürger konkrete Vorschläge für Vorhaben der Kinder-, Jugend-, Bildungs-, Senioren- oder Sportförderung, der Park- und Grünflächengestaltung oder Denkmalpflege unterbreiten.

Noch ist diese neue Form der direkten Bürgerbeteiligung den wenigsten bekannt. Bis auf die Mitteilung im Amtsblatt vom 21. März hat die Stadtverwaltung bisher dazu noch nicht öffentlich informiert, obwohl die Frist für die Einreichung der Vorschläge bereits am 30. April 2011 ende, wurde in der Fraktionsitzung DER LINKEN kritisiert.

»Für uns ist die Aufstellung des Bürgerhaushaltes kein Planspiel, sondern wir nehmen die Bürgerbeteiligung sehr ernst«, erklärte die Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann, auf deren Initiative der Bürgerhaushalt in Bernau zustande kam. Sie reagierte damit auf eine mehr als laxe Formulierung des Finanzdezernenten der Stadt, Ralf-Peter Henning, der die Aufstellung des Bürgerhaushaltes in der Debatte mehr als Planspiel erläuterte.

Die linke Bürgermeisterin aus Berlin-Lichtenberg, Christina Emmrich, die als Gast teilnahm, berichtete über die guten Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt in ihrem Bezirk seit 2007. Sie appellierte an die Verwaltung, den Bürgerhaushalt nicht als Last zu sehen, sondern als Möglichkeit für mehr direkte Demokratie. In ihrem Bezirk beteiligten sich inzwischen mehr als 3000 Einwohner daran. Durch ihn sei zwischen Verwaltung und Bürgern ein neues partnerschaftliches Verhältnis entstanden. Der Bürgerhaushalt sei eine Chance für direkte Beteiligung und Partizipation.

In Bernau werden für den Bürgerhaushalt im Jahr 2012 Mittel in Höhe von 50.000 Euro bereitgehalten, erläuterte Finanzdezernent Henning. Für diese Summe können Bürgervorschläge für freiwillige Leistungen der Kommune eingereicht werden. Danach wird es ein Bewertungs- und Auswahlverfahren durch die Stadtverordneten im Finanzausschuss geben, nach dem eine Prioritätenliste aufgestellt wird. Das genaue Verfahren ist im Amtsblatt Nr. 4/2011 vom 21. März dargestellt. Auch ein Antragsformular ist diesem Amtsblatt beigelegt. Die Bürgervorschläge sollen bis 30. April 2011 eingereicht werden. Die Fraktion DIE LINKE ruft alle Bewohnerinnen und Bewohner Bernaus auf, rege von dieser neuen Möglichkeit der Bürgerbeteiligung Gebrauch zu machen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können bei der Fraktion DIE LINKE auch die Antragsformulare erhalten und sich dazu beraten.

MARGOT ZIEMANN

Wasser in Bürgerhand (W!B)

Water makes Money

Marchands d'eau - Geldquelle Wasser

Der Film von Leslie Franke und Hermann Lorenz, zum Weltwassertag 2011 auf ARTE gesendet, ist ein guter Dokumentarfilm. Die Autoren haben fleißig und gründlich recherchiert. Er enthält eine Fülle von Informationen. Diejenigen, die unser aller sauberes Wasser zu ihrem schmutzigen Geld machen wollen, hätten es wohl lieber gesehen, daß wir diese Informationen nicht bekommen. Sie haben versucht, den Film zu verbieten. Sie sind gescheitert.

Der Film ist ein mutiger Film. Es gehörte Mut dazu, ihn zu machen und auch Mut, ihn jetzt zu senden. ARTE war der einzige Fernsehsender, der diesen Mut hatte. Alle anderen, besonders natürlich die sog. öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten, die wir mit unseren Gebühren finanzieren, haben den Weltwassertag einfach ignoriert, so wie auch die meisten Zeitungen. Wenn eine Zeitung sich doch an diesen Tag erinnert hat oder daran erinnern wollte, dann hat sie das mit unverfänglichen Themen getan, gewissermaßen konfliktfrei! Da wurde z.B. das lokale Wasserwerk gelobt oder es wurde auf bestimmte internationale Brennpunkte hingewiesen wie etwa ein umstrittenes Staudammprojekt in Zentralafrika, die wachsende Seuchengefahr in Südamerika, z.B. Lima, weil die Menschen einfach keine Möglichkeit haben, an sauberes Trinkwasser heranzukommen. Auch die Bemühungen der Anrainerstaaten um eine wieder saubere Donau sind so ein konfliktarmes Thema.

Auf die Skandale im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Abteilungen Wasser der »global player« Suez, Veolia und RWE haben nur ARTE und die beiden Filmemacher hingewiesen. Es gilt, Ihnen dafür Dank zu sagen.

Unser Dank sollte auch gehen an z.B. Jean-Luc Touly, der es wagte, mit seinem Buch seinem ehemaligen Arbeitgeber VEOLIA die PPP-Maske vom Gesicht zu reißen. Maude Barlow, Trägerin des alternativen Nobelpreises, hat mitgeholfen. Solchen Menschen verdanken wir es, daß die Bürger der Ile de France nach 25 Jahren Mißwirtschaft durch VEOLIA jetzt wieder kommunal von »Eau de Paris« versorgt werden. Wir haben erfahren, daß viele Städte in Frankreich den Konzernen SUEZ und VEOLIA inzwischen die rote Karte gezeigt haben. So werden jetzt die Fehlentscheidungen korrupter Politiker endlich korrigiert.

In Deutschland sind wir wohl noch nicht so weit. Da gibt es den OB von Braunschweig. Er hat »seine« Stadt weitgehend privatisiert. Er behauptet, mit dem Erlös Schulden bezahlt zu haben und bürdet die Kredite – um nichts anderes handelt es sich – jetzt mit Zins und Zinsszins und einer ansehnlichen Rendite den Bürgern der Stadt auf, um sie abzutragen. Es gibt aber auch Positives aus Deutschland zu berichten. Stuttgart hat die Privatisierung rückgängig gemacht und Berlin ist auf gutem Weg dahin. Also: Auch in Deutschland ist der Anfang gemacht.

Wer den Film gesehen hat, der gibt für VEO-LIA und SUEZ keinen Pfifferling mehr. Doch hier ist Vorsicht geboten.

Wir haben von Praktiken erfahren, die wohl am treffendsten als Produkte krimineller Energie anzusehen sind. Diese Unternehmen werden sich durch zwei Filmemacher und einen Fernsehsender nicht stoppen lassen.

Sie werden weiter versuchen, Einfluß auf die EU und deren Forschungsprojekte zu nehmen und auch Lehrstühle an Hochschulen zu besetzen. Auf den Weltwasserforen werden sie dann immer wieder ihr »Image« aufpolieren und weiter Politiker suchen und finden, die gern die Hand aufhalten und ihre Bürger verkaufen.

Am Schluß des Films konnten wir hören, daß die Rekommunalisierung im »Trend« ist. Vielleicht stimmt das ja sogar. Nur wird das nicht im Selbstlauf passieren. Wir alle müssen – und sollten – dabei kräftig mithelfen.

Die Privatisierung des Wassers ist und bleibt noch eine Gefahr. Die Gefahr ist überall da besonders hoch, wo kommunale Unternehmen bereits jetzt die Bürger mit unverschämten hohen Beiträgen und Gebühren abzocken, jetzt gar mit sog. Altanschießerbeiträgen. Wenn, nicht nur im Land Brandenburg, kommunale Unternehmen, unterstützt von Landesregierung und Gerichten, fortfahren, die Bürger bis weit über die Schmerzgrenze auszuplündern, dann sind sie nicht besser als die private Wassermafia. Es gibt Freunde, die halten das Ziel dann für erreicht, wenn die Wasserwirtschaft in kommunaler Hand ist. Angesichts der immensen Verschuldung vieler kommunaler Aufgabenträger ist das jedoch nur scheinbar so. Hier haben inzwischen Banken die Eigentümerrolle übernommen und denen geht es nur um eines: Rendite. Das kommt bei den Bürgern nicht gut an. Sie sehen nicht den Unterschied, ob sie von privaten Banken oder von privaten Konzernen abgezockt werden. Für »Otto Normalverbraucher« macht das keinen Unterschied! Dafür muß man Verständnis haben.

Erst wenn die Bürger nicht mehr daran gehindert werden, mit Wasser sparsam und nachhaltig umzugehen, wenn sie selbst entscheiden können, ob sie es selbst verwerten wollen oder einen Aufgabenträger beauftragen – dann ist das Ziel erreicht. Dann ist es wirklich da, wo es hingehört, Wasser in Bürgerhand!

JOHANNES MADEJA, Kreistagsabgeordneter
Barnim, BVB/Freie Wähler

Die Ausländer sind schuld!

eine Provokation von Johannes Madeja

Im Februar konnten wir in der Zeitung folgende Überschriften lesen: *Gymnasien stark nachgefragt – fast jeder zweite Sechstklässler will aufs Gymnasium* und, zwei Tage später, *Jeder neunte bricht die Schule ab – 11% aller Jugendlichen in Brandenburg ohne Hauptschulabschluss*.

Das sind zwei Meldungen, die so gar nicht zu einander passen wollen – oder doch?

Aber ich habe noch ein paar: *Wenn sich Lehrer krank melden, fällt der Unterricht reihenweise aus, bestätigt die Sprecherin de Landeselternrates. Die Statistik des Ministeriums täusche über die tatsächliche Situation an den Schulen hinweg. Zusammenlegung von Klassen und Stillbeschäftigung gelten als »Vertretung«, nicht als Ausfall! Die Barnimer Direktoren von Gymnasien können sich auf ein »Schülerranking« nicht einigen. In einer Schule gibt es jetzt ein Jahr der Höflichkeit – für dieses »Projekt« gibt es sogar extra Geld, und: Die Zahl der Analphabeten nimmt zu. Besondere »Projekte« für Erwachsene sollens richten, weil Analphabeten weder eine Lehrstelle bekommen noch jemals eine Arbeit, von der sie leben können. Die dazu passende Schlagzeile heißt dann »Millionen für Langzeitarbeitslose«.* Aber natürlich gibt es in Eberswalde eine *»Kinderuni«*. Solche *»events«* beseitigen alle Probleme! Wer den Herrn Ministerpräsidenten in einer Vorlesung (oder doch eher Wahlrede!?) gehört hat, der kann doch kein schlechter Schüler sein!

Spätestens jetzt sollte es jedem dämmern: Unser sog. Bildungssystem hat abgewirtschaftet. Um das zu erkennen braucht man *»Pisa«* nicht. Obwohl es eine Schulpflicht gibt, obwohl Kinder auf Staatskosten täglich zur Schule gefahren werden (Afrikaner können davon nur träumen!) schaffen wir es nicht, allen Kindern lesen, schreiben und rechnen beizubringen. Von 100 Schülern bleiben nur 89, die einen Beruf erlernen können. 50 wollen aber das Abitur haben! Natürlich wollen die gar nicht studieren, können sie auch nicht, denn 50% Studierende, die werden nur in wenigen Betrieben gebraucht. Die meisten wollen nur bessere Chancen auf eine Lehrstelle.

Wir leisten uns eine teure Ausbildung zur Hochschulreife um dann einen hohen Anteil der *»Reifen«* nicht studieren zu lassen. Dazu leisten wir uns eine Besonderheit: man kann bestimmte Fächer *»abwählen«*, was zweierlei heißt. Der Abiturient hat nur das Abitur in den Fächern, die er nicht abgewählt hat und kann natürlich jetzt nicht mehr alles studieren – also hat er keine allgemeine Hochschulreife.

Abgesehen davon, das steht natürlich nicht auf dem Reifezeugnis, haben es deutsche Schüler offenbar nur selten gelernt, wie man sich richtig benimmt. Höflichkeit und Respekt gegenüber Älteren – Fehlanzeige! Wen es einmal ins Ausland verschlägt, dem wird schnell und schmerzhaft klargemacht und beigebracht, was ihm fehlt. Aber unser Bildungssystem ist

natürlich nicht schuld! Frau Bildungsministerin wiegelt ab: *»Die Trendwende ist erreicht!«* Auch dafür hat sie vermutlich eine Statistik geschönt. Sie sollte es mal machen wie Martin Luther und dem Volk *»auf's Maul schauen«*. Sie wird erstaunliche Antworten hören: *In der Schule lernt man nur unnützes Zeug, die Lehrer taugen alle nichts – bis auf wenige Ausnahmen, versteht sich – und die vielen Ausländer drücken das Niveau an den Schulen. Wenn ich es mir leisten könnte, würde mein Kind auf eine Privatschule gehen.* So etwas hat wohl jeder schon gehört.

Das mit den *»Ausländern«*, das wollte ich mal genauer wissen. Etwas wußte ich schon von den – angeblich – bildungsfernen Schichten mit Migrationshintergrund (das war jetzt amtsdeutsch). Diese Kinder sind hier geboren, sind Deutsche. Ihre Eltern sind es nicht oder noch nicht oder wollen es nicht sein. Deshalb haben diese Kinder es besonders schwer, auch weil sie sich nicht anpassen können, wollen oder dürfen. Hier gibt es Handlungsbedarf, klare Vorgaben und Regeln sind einzuhalten. Trotzdem: so manch ein Schüler, dessen Eltern nur schlecht deutsch sprechen können, ist seinen deutschen Klassenkameraden in Fleiß und Leistung überlegen.

Wo sind die vielen *»Ausländer«*, die das Niveau in unseren Schulen drücken und die Schuld sind, daß sich die Lehrer um die *»deutschen«* Kinder nicht kümmern können? Wie gesagt, ich wollte es wissen und habe dem Landrat ein paar Fragen gestellt. Die Reaktion auf meine Fragen war doppelt interessant: Zunächst einmal gab es keine einzige Antwort. Der Landrat weiß das alles nicht und ist auch gar nicht zuständig. Er scheint nur dann zuständig zu sein, wenn er einer seiner Partei nahestehenden Einrichtung Fördermittel für sog. *»Integrationsprojekte«* zuschanzen kann.

Und dann glaubte eine Kreistagsabgeordnete, daß solche Fragen einen chauvinistischen Hintergrund haben könnten. Auf diese Idee muß man erstmal kommen!

Ich werde trotzdem weiterfragen – nicht nur den Landrat – und dabei das Risiko eingehen, dafür als *»Radikaler«*, als *»Ausländerfeind«* oder *»Chauwinist«* diffamiert zu werden.

Obwohl mir der Landrat nicht geantwortet hat – ich weiß jetzt etwas mehr. Vor allen Dingen weiß ich, daß das mit der Überfremdung an Schulen im Barnim der reine Unsinn ist. Ich halte es für absolut unzulässig, die Mängel in unserem Bildungssystem unseren Gästen in die Schuhe zu schieben. Damit will ich nicht negieren, daß es Lehrer gibt, die mit den Kindern *»mit Migrationshintergrund«* ihre liebe Not haben. Denen muß geholfen werden! Da muß die Lehrerin mit dem türkischen Vater auch mal Tacheles reden dürfen.

Es kommt darauf an, im Umgang mit jungen Menschen, die hier geboren sind und jetzt hier

Jüdisches Leben in Deutschland heute

Mittwoch, 13. April: 15-18 Uhr Ausstellungssaal ehemaliges KZ Außenlager Eberswalde, Am Bahnhof Eisenspalterei, 16227 Eberswalde

Das Thema *»Juden in Deutschland«* wird häufig ausschließlich mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus und die Shoah thematisiert. Für die Auseinandersetzung mit Judentum und jüdischem Leben in der Gegenwart bleibt meist kein Raum.

Die dreistündige Veranstaltung gibt einen prägnanten Überblick über eine Auswahl aktueller Filme zur Geschichte von Jüdinnen und Juden in Deutschland nach 1945. Zudem werden Methoden zur Arbeit mit den Filmen im Unterricht vorgestellt, ausprobiert und diskutiert.

Die Veranstaltung berücksichtigt die Jüdischen Gemeinde im Landkreis Barnim und aktuelle Diskussionen um Antisemitismus in Brandenburg. Sie ist außerdem ein Beitrag zur Entwicklung einer Ausstellung, die im Rahmen der Gestaltung des Gedenkortes auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge in Eberswalde entsteht.

Das Angebot richtet sich an die Fachrichtungen Sozialwissenschaften, Politische Bildung, Ethik, Religion, Deutsch und Geschichte für die Sek I und II und steht darüber hinaus allen Interessierten offen.

Veranstalter: Amadeu Antonio Stiftung mit Unterstützung des Leo Baeck Programms
Anmeldung/Kontakt: tolerantes_eberswalde@web.de, Tel.: 0163/4454711 (Kai Jahns, Koordinierungsstelle für Toleranz)

Weitere Informationen auf der Seite der Amadeu Antonio Stiftung, Film: *»Auf jüdischem Parkett«* (<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/auf-juedischem-parkett/>).

leben und aufwachsen bei Eltern, die hier nicht geboren sind, den richtigen Ton zu treffen und mit Augenmaß zu handeln. Wir haben die Algerier, die Italiener, die Türken und die Vietnamesen als Gäste ins Land geholt – DDR und BRD gleichermaßen. Jetzt gilt es, mit ihnen auszukommen, die gutwillige Mehrheit an unsere Lebensart zu gewöhnen, ohne ihnen ihre Identität zu nehmen.

Leider gibt es *»Gäste«*, die unsere Gastfreundschaft mißbrauchen und schamlos ausnutzen. Wir sollten die Kraft haben, auch mit solchen Menschen fertig zu werden. Aber alles hat natürlich seine Grenzen. Deshalb darf eine Abschiebung – wenn es denn gar nicht anders geht – auch kein Tabu sein. Ein Gast, der sich bei uns zu Hause nicht zu benehmen weiß, der fliegt raus und darf nicht wiederkommen! Das ist ganz normal! In Deutschland gelten deutsche Gesetze, keine sizilianischen, keine kurdischen, keine tschetschnischen und auch keine muslimischen.

Überall in der Welt haben wir Deutsche die Gesetze vor Ort zu achten – dort sind nämlich wir die Ausländer!

»Der größte Lump...«

Norbert Gliske erinnert in seinem Einspalter an die Gründung des MfS im Jahre 1950 und beteuert, das MfS sei »zum Schutz des Arbeiter- und Bauernstaats« vor Sabotageakten gegründet worden. Schön wärs, ist man versucht zu sagen. Die Wirklichkeit sieht leider ganz anders aus. Das MfS war in erster Linie ein Instrument, mit dem sich die Parteidiktator um Walter Ulbricht rücksichtslos die Macht sicherte und die Stalinisierung der DDR betrieb. Deshalb wurden sehr viele Kommunisten und Sozialdemokraten, die andere Vorstellungen vom Aufbau des Sozialismus hatten als Walter Ulbricht und seine Leute, Opfer des MfS. Dazu dienten willkürliche Verhaftungen und Schauprozesse z.B. gegen Paul Merker (1952) und andere Kommunisten aus der West-Emigration. Falschen Beschuldigungen fielen z.B. nach dem Ungarnaufstand auch Walter Janka, der Leiter des Aufbau-Verlags, Wolfgang Harich oder Erich Loest, der Redakteur der Leipziger Volkszeitung zum Opfer.

Es ist müßig daran zu erinnern, daß z.B. der Kampf des MfS gegen die Junge Gemeinde gegen die Religionsfreiheit verstieß, die in der DDR-Verfassung garantiert war. Die MfS-Leute trugen wie ihre westdeutschen Gegenspieler vom Verfassungsschutz die Verfassung eben »nicht immer unter dem Arm«, wie es der Innenminister Höcherl für seinen Dienst beschönigend formulierte. In den 60er und 70er Jahren war es Robert Havemann, der prominente Antifaschist, der ins Visier des MfS geraten war und unter Druck gesetzt wurde. »Dialektik ohne Dogma« war sein Vergehen. Die Akten liegen vor. Walter Janka und viele andere wurde später rehabilitiert, wie bereits vorher auch Franz Dahlem oder Paul Merker. Davon hat unser MfS-Barde offenbar nichts gehört und gelesen.

Er weiß auch nichts von Maßnahmen, die das MfS gegen bedeutende Autoren in der DDR (Franz Fühmann, Erwin Strittmatter, Volker Braun) unternommen hat, um nur die prominentesten zu nennen. In deren Tagebüchern kann man die Details nachlesen, man muß es nur tun. Vom bösen Wolf (Biermann), der von ca. 50 IM umstellt war, will ich erst gar nicht reden oder von Reiner Kunze und Jürgen Fuchs, dessen »Vernehmungsprotokolle« jedem die Augen öffnen, der lesen kann.

Historisch betrachtet waren die MfS-Leute die größten Saboteure des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft, denn ohne freie Diskussion werden die Probleme, die sich beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft stellen, nicht gelöst werden können. Das kann man schon bei Rosa Luxemburg nachlesen, in ihrer Kritik an der russischen Revolution, die auch in der DDR (Dietz-Verlag) erschienen ist. Aber das hat man im MfS nicht gelesen, man mußte ja den »Luxemburgismus« bekämpfen. Wie sagt der Volksmund: »Der größte Lump im ganzen Land das ist und bleibt der Denunziant«. Daran sei am 8 Februar erinnert.

HARTMUT LINDNER

Tschekistenehre

Zum Artikel »Schild und Schwert« (BBP 3/2011)

»Plan zur psychischen Destabilisierung des D.M. ... wird vorgeschlagen:

1. In der Presse sind negative Besprechungen seines Gedichtbandes zu organisieren.
2. In der Schule der Tochter des D.M. ist zu verbreiten, daß der Unfall des Mädchens ein Selbstmordversuch gewesen ist.
3. Im Wohngebiet ist ein Fahndungsfoto (Sittlichkeitstäter) an Haustüren anzubringen, wobei ein Gesicht abgebildet ist, das Ähnlichkeit mit dem D.M. hat.
4. Im Schriftstellerverband wird das Gerücht verbreitet, D.M. arbeite mit dem MfS zusammen.
5. In anonymen Briefen wird Frau M. informiert, daß ihr Mann eine Geliebte hat.
6. Zu prüfen ist, ob ein Austausch bestimmter Medikamente (Nachtisch) erfolgen kann bzw. sinnvoll ist.
7. Es sind IM zu benennen, die unter Falschnamen Briefe an D.M. schreiben (Leserbriefe) und sich über die antisozialistischen Passagen in einigen Texten äußern.
8. Es ist zu organisieren, daß D.M. demnächst aus dem Elternaktiv abgewählt wird...«

Es ist schon einige Zeit her, daß mir ein befreundeter Schriftsteller, der einige der schönsten DDR-Kinderbücher verfaßt hat, eine Kopie dieses teuflischen Plans geschickt hat. Das Original wurde beim Ausmisten der Stasi-Zentrale in Halle gefunden.

Neben der unfaßbaren Kälte und Gewissenlosigkeit der Schreiber ist am Falle dieses Schandpapiers auch zu beweisen, wie die Schützer »der fleißigen Arbeit der Menschen in der DDR« mit den Gesetzen ihres Landes umgingen. Kurz und klar gesagt: Sie schissen

drauf! Rufmord, Einbruch, Verleumdung, Einmischung in demokratische Vorgänge, Herabwürdigung – das alles waren Straftatbestände.

Und der Lyriker hatte weder Eisenbahnbrücken sprengen noch Maschinen unbrauchbar machen wollen, er hatte ein paar Gedichte – allesamt spielten sie im Tierreich – geschrieben. Ein Spatzenpfiff. Und die Büttel Mielkes, »Mitarbeiter an einer menschlichen Ordnung«, zückten das ideologische Fallbeil.

Für die im Grunde antisozialistische, idealwidrige Tätigkeit der Tschekisten kann es keine verniedlichenden Kommentare geben, es sei denn, einer ist sehr, sehr schlichter Denkart und von hochgradiger Vergeblichkeit. Wer die DDR samt der Stasi als Paradiesgärtlein verklärt, den Aberwitz der »Wahlen« vergißt und sich auch einen Obst- und Gemüseladen im Winter nicht mehr vorstellen kann, von Zensur und Hilde Benjamin ganz zu schweigen, der macht es den Agitatoren heutiger Machthaber leicht, auch das mit in den Dreck zu ziehen, was von unserem Teil Deutschlands aufhebenswert gewesen wäre.

Die unglaubliche Kühnheit, der Stasi einen Gedenkartikel zu schreiben, ist ununterbietbar. Demnächst dürfen wir wohl einen zum Geburts- oder Todestag des Genossen Mielke erwarten. Spätestens dann werde ich mein BBP-Abo kündigen. Ich möchte in der »Bürgerpost« Farbigkeit und Denkanstöße, Witz und Niveau finden, aber keine Schnitzereien. Und mein Parteilehrjahr habe ich hinter mir.

Dr. STEFFEN PELTSCH

»Mal so und mal so«

Der Eberswalder Landschaftsplaner und Künstler ANDREAS TIMM stellt aus

Eberswalde (bbp). Der Ausstellungstitel weist auf die Verschiedenartigkeit der Bilder hin. Die meisten Werke lassen viel Spielraum für die eigene Phantasie. »Ich habe in den letzten Jahren viel experimentiert, Stile und Maltechniken kombiniert«, erzählt der Künstler, »nicht so einfach, dafür Schubladen zu finden«. Das Hotel »Finesse« in Finow bietet ausreichend Platz für die z.T. großformatigen Bilder. Die am 26. März eröffnete Ausstellung ist bis zum 26. September jeden Tag und rund um die Uhr geöffnet. Die meisten Bilder können gekauft werden. Eine detaillierte Preisliste liegt aus. (Hotel Finesse, Angermünder Straße 43a, 16227 Eberswalde. Infos zur Ausstellung unter 03334/235733).

Gentechnik-Enthüllungen und Pflanzentauschbörse

Biesenthal (agu/bbp). Am 25. März hatte die »Initiative Gentechnikfreie Region Südlicher Barnim« im Rahmen der Ökofilmtour zum Film »Áprád Pusztai – Whistleblower« in den Biesenthaler Kulturbahnhof eingeladen. Für ein Filmgespräch im Anschluß konnte die Gentechnik-Expertin des Naturschutzbund Deutschland, Dr. Steffi Ober gewonnen werden.

Der Film handelt über den Whistleblower Áprád Pusztai. Whistleblower sind Menschen, die in einem Akt der Zivilcourage unlautere Machenschaften an die Öffentlichkeit bringen. Der britischen Gentechnikforscher Pusztai gehört dazu. Der führende Wissenschaftler hatte gravierende Organveränderungen, Entzündungen und Immunschäden bei Versuchs-

tieren festgestellt, die mit gentechnisch verändertem Getreide gefüttert worden waren. Als er dies an die Öffentlichkeit gebracht hatte, geriet Pusztai innerhalb kürzester Zeit in heftigstes politisches Kreuzfeuer. Auf Druck von höchsten politischen Instanzen wurde ihm gekündigt und sein Ausschluß aus der Royal Society, dem nationalen Wissenschaftsgremium, mitgeteilt.

Die Veranstaltung wurde von einer Pflanzen- und Saatgut-Tauschbörse begleitet. Damit beteiligte sich die »Initiative Gentechnikfreie Region Südlicher Barnim« an dem Aufruf der Kampagne »La via Campesina« an.

Mehr Informationen für einen gentechnikfreien Barnim unter: www.gfr-barnim.de.

Torffrei gärtnern:

Moore und Klima schützen

Die Garten- und Balkonsaison hat begonnen und Millionen Beete und Blumentöpfe werden neu bepflanzt. In Gartencentern und Baumärkten stapeln sich die Säcke mit Blumen- oder Pflanzenerde. Da Garten- und Blumenerde bis zu 90 Prozent aus Torf besteht, rät der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) jedoch vom Kauf herkömmlicher Erden ab. Die Torfgewinnung vernichtet Moore und mit ihnen viele seltene Pflanzen und Kleintiere. Moore sind nicht nur Lebensraum für Arten wie den Sonnentau (Foto) oder das Birkhuhn, sie speichern auch das Klimagas Kohlendioxid.

In der BRD werden jährlich etwa zehn Millionen Kubikmeter Torf verarbeitet. Zwei Millionen davon durch privaten Verbrauch. Geht die Zerstörung der Moore weiter wie bisher, rechnet der BUND mit einer Erschöpfung der zum Abbau genehmigten Torfvorräte in etwa zehn Jahren. Für den Klimaschutz hätte dies dramatische Folgen. Allein in Deutschland setzt die Torfgewinnung jährlich rund zwei Millionen Tonnen CO₂ frei.

Zusatzstoffe wie Kompost, Rindenhumus oder Holzfasern können den Torf-Anteil der Gartenerde problemlos ersetzen. Mittlerweile bieten viele Hersteller auch Gartenerde ohne Torf an. Der Verbraucher sollte darauf achten, daß es sich tatsächlich um 100-prozentig torf-



freie Produkte handelt. Erden, die mit »torffreduziert« oder »torfarm« beworben werden, enthalten zumeist 60 bis 80 Prozent Torf. Rindenkompost ist ebenfalls ein vollwertiger Ersatz für Torferde. Rindenmulch jedoch nicht, dieser wird ausschließlich zur Abdeckung von Beeten und Gartenflächen verwendet. Robuste heimische Pflanzenarten benötigen generell keine Torferde.

Den BUND-Einkaufsführer für torffreie Erde und weitere Informationen finden Sie im Internet unter: www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/naturschutz/20110217_naturschutz_einkaufsfuehrer_gartenerde.pdf

(BUND-Ökotip)

Umweltschaden am Flugplatz Finow

Kleine Anfrage zu Zuständigkeiten

Finowfurt (bbp). Im Umfeld des Flugplatzes Finow im Landkreis Barnim, heißt es in einer Kleinen Anfrage des Eberswalder Landtagsabgeordneten Axel Vogel (Bündnis 90/grüne) wurde zu Beginn des Jahres 2010 eine Photovoltaikanlage errichtet, deren Bauphase mit erheblichen Eingriffen in Natur- und Landschaft verbunden war und Beeinträchtigungen gesetzlich geschützter Arten zur Folge hatte. Der NABU Landesverband Brandenburg habe daher am 23. März 2010 einen Umweltschaden nach dem Umweltschadengesetz bei der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim angezeigt. Axel Vogel erfuhr nun vom Umweltministerium, daß die Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim das Verfahren auf der Grundlage der Naturschutzgesetze des Bundes und des Landes »nach pflichtgemäßem Ermessen der Behörde« geleitet habe. Die entsprechenden Verpflichtungen sind zwischen dem Vorhabensträger und dem Landkreis Barnim unter Beteiligung des NABU-Kreisverbandes, dem LUGV sowie der obersten Naturschutzbehörde vertraglich fixiert worden. Die tatsächliche Umsetzung der geforderten Maßnahmen wurde laufend überwacht. Das Verfahren ist abgeschlossen. Derzeit gibt es keine ausdrückliche Zuständigkeitsregelung für den

Vollzug des Umweltschadengesetzes. Die Landesregierung bereite daher eine Umweltrechtszuständigkeitsverordnung vor. Nach dem Entwurf dieser Verordnung sind künftig das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz als Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege und die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Wasser- und Bodenschutzbehörden verantwortlich.

»Eberswalder Höhenpaß«

Eberswalde (prest-ew). Mit der neuen touristischen Flyer-Serie, die im vergangenen Jahr vorgestellt wurde, ist auch der »Eberswalder Höhenpaß« erschienen. Ab 1. April haben nun Gäste und Bürger der Stadt die Möglichkeit, die drei Türme der Maria-Magdalenen-Kirche, den Eberkran im Familiengarten und den Finower Wasserturm zu besteigen und die Urkunde »Eberswalder Höhenpaß« zu erwerben. Zusätzlich gibt es am Ende der Saison interessante Preise zu gewinnen, die im November unter den Teilnehmern ausgelost werden. Zahlreiche Eberswalder Firmen haben das Projekt der Stadt Eberswalde mit wertvollen Gutscheinen unterstützt, die eine Erklommung der »Höhepunkte« nun noch begehrenswerter machen.

Großschutzgebiete

Die lang erwartete Förderrichtlinie des Bundesumweltministeriums (BMU) für Projekte zum Schutz der biologischen Vielfalt ist jetzt in Kraft getreten. Ab 2011 stehen nun jährlich 15 Millionen Euro aus Bundesmitteln für den Naturschutz vor Ort zur Verfügung.

Auf diese Richtlinie haben wir trotz regelmäßiger Nachfrage und Drängen im Umweltausschuß lange warten müssen. Jetzt können Vereine, Stiftungen und auch Kommunen gezielt Projekte zum Erhalt der Artenvielfalt beim Bund beantragen. Es gilt nun, keine weitere Zeit zu verlieren.

Das BMU hatte schon in der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt 2007 ein Bundesprogramm zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen angekündigt. Landesmittel sind überall knapp, und die Beteiligung des Bundes an Maßnahmen zum Erhalt der Biologischen Vielfalt war längst überfällig. Aus Sicht der LINKEN im Bundesumweltausschuß hätte es dem Internationalen Jahr der Artenvielfalt 2010 gut zu Gesicht gestanden, wenn die Richtlinie noch im letzten Jahr zustande gekommen wäre. Aber gut, nun ist es soweit. Das ist eine Chance besonders auch für unsere Großschutzgebiete. Dabei denke ich natürlich auch an meinen Wahlkreis Oberbarnim und Uckermark mit seinem Nationalpark, seinem Biosphärenreservat und zwei Naturparks.

SABINE STÜBER

Tierkörperbeseitigung:

Verträglicher Kompromiß

Die Koalitionsfraktionen von SPD und LINKEN haben in der Frage der künftigen Finanzierung für die Tierkörperbeseitigung einen verträglichen Kompromiß gefunden. Das Land wird auf Antrag bis zu 20 Prozent der angemessenen Kosten für die Beseitigung der Tierkörper ersetzen. Weitere 20 Prozent der Tierkörperbeseitigungskosten sollen die Landkreise tragen. Von den Landwirten werden 60 Prozent der Gesamtkosten erhoben. Da das Land und die Landkreise ein großes Interesse an einem vorbeugenden Seuchenschutz und einer stabilen Tierproduktion haben, verständigten sich die Fraktionen von SPD und LINKEN trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung darauf, weiterhin eine anteilige Finanzierung der Kosten für die Tierkörperbeseitigung durch das Land und die Landkreise sicher zu stellen. Einen entsprechenden Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung haben die beiden Koalitionsfraktionen auf dem parlamentarischen Weg gebracht. Die Neuregelung soll am 1. Mai dieses Jahres in Kraft treten. Für den Tierseuchenfall ist bundeseinheitlich geregelt, daß dem Tierhalter die ihm entstehenden Kosten der Tötung und Verwertung zu erstatten sind.

MARCO BÜCHEL und
Dr. MICHAEL EGIDIUS LUTHARDT

Benefizkonzert

Am 21. März 2011 lud die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (DIE LINKE.) zu einem Benefizkonzert zu Gunsten des Flüchtlingsfonds Barnim Uckermark ein. Zahlreiche Gäste folgten der Einladung und konnten die wunderbare Musik der Band »Flamenco goes Gipsy« erleben.

Frau Stüber eröffnete den Abend mit dem Gedenken an die Opfer vom 21. März 1960 in Shapeville in Südafrika. An diesem Tag bewegte sich ein Demonstrationszug von 30.000 schwarzen Menschen durch Shapeville mit dem Ziel, auf die Diskriminierung aufmerksam zu machen. Sie wurden mit Waffengewalt gestoppt. 69 Menschen starben, 180 Menschen wurden verletzt. Ihre persönlichen Gedanken dazu: »Wir dürfen nicht vergessen, daß es auch heute noch auf der ganzen Welt Rassismus und Diskriminierung gibt. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind nicht mehr nur Phänomene am Rand der Gesellschaft, sie finden sich in bedenklichem Maße in der gesamten Gesellschaft wieder. Diesen rassistischen Einstellungen müssen wir uns entgegenstellen, um zu verhindern, daß rechtsextremistische Parteien und Bewegungen sich durch gesellschaftliche Zustimmung in ihrer menschenverachtenden Position bestätigt fühlen.«

Auch Dr. Michael Luthardt, Landtagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE., ließ es sich nicht nehmen, an diesem Abend auf die Situation der Flüchtlinge aufmerksam zu machen. »Rassismus in all seinen Formen verstößt gegen die Menschenrechte, missachtet die Würde der Betroffenen und gefährdet den gesellschaftlichen Frieden. Das Recht auf Schutz vor politischer Verfolgung ist ein Grund- und ein Menschenrecht. Wer es in Anspruch nimmt, hat ein Recht auf eine menschenwürdige Lebensführung.«

Besonderes Augenmerk galt an diesem Tag den Sinti und Roma, der am stärksten bedrohten Minderheit in Europa, deren Angehörige größtenteils bis heute unter menschenunwürdigen Bedingungen leben, gesellschaftlich ausgegrenzt sind und oft verfolgt werden. Sie mußten als Kriegsflüchtlinge aus Bosnien fliehen, weil sie von den gewaltsamen Auseinandersetzungen, Massenvertreibungen und Massensoldaten während des Kosovo-Krieges besonders betroffen waren und immer noch von zwangsweiser Abschiebung bedroht sind.

An diesem Abend kamen insgesamt 647,40 Euro an Spendengeldern zusammen. »Dieses Geld wird dringend benötigt um Flüchtlinge im Barnim und in der Uckermark durch mildtätige Zuwendungen zu unterstützen. Danken möchten wir auch denen, die an diesem Abend nicht dabei sein konnten und uns in anderer Weise unterstützt haben. Wie zum Beispiel Herr Platz, Geschäftsführer der Platz GmbH und Vorsitzender des Unternehmerverbandes Barnim e.V., der eine Spende direkt an die Stiftung überwiesen hat.« sagt Helga Thome von der Bürgerstiftung Barnim Uckermark.

JANA MULEMBA

Worüber man so Munkeln tut!

Was hat die Hundesteuer mit Hartz IV zu tun?

Klamme Kassen in den Kommunen, so hört man allorten und das beileibe nicht nur in östlichen Landstrichen. Auch anderswo wird jetzt kräftig bei Gebühren in den Kommunen hingelangt. Nur einige Beispiele sollen hier genannt sein, ohne als Anregung zu dienen.

So hat u.a. Bielefeld die Hundsteuer auf 120 Euro erhöht und eine Grabstelle in Bochum kostet mittlerweile 2.430 Euro. So geht es, laut Bild vom 16.02.2011, hurtig weiter. In Potsdam ist es die Grunderwerbssteuer, in Heidelberg die Gebührenordnung für Abfälle und in Saarbrücken die Bettensteuer für Übernachtungen und die Hauptstadt ist wegen ihrer Verschwendung, so sagt man, auf den Hund gekommen und bittelt um Staatshilfe. Sicherlich könnte man noch manches andere finden und in dieser Hinsicht kann man die Kommunen durchaus als erfinderisch bezeichnen.

Wie sieht es nun in der Gemeinde Schorfheide aus! Gibt es hier auch klamme Kassen?

Nun, es zeigt sich zumindest ein widersprüchliches Bild. Einerseits verfolgt man ehrgeizige Ziele und nimmt dafür nicht nur Kredite auf, sondern verscherbelt auch so manches, was bisher als tabu galt, wie den bekannten Zeltplatz Süßer Winkel und andererseits dreht man an der Gebührenschaube. Es scheint überall nicht viel zu sein und Vergleiche mit den Nachbarn, die man dazu präsentiert, bestätigen eigentlich nur, daß da in der Gemeinde noch genügend Spielraum nach oben ist.

Wohl wahr, aber reicht das als Kriterium? Wo bleibt die soziale Komponente. Diese für das Wohl der Bürger immer im Blick zu haben, dafür sind doch Gemeindevertreter und Bürgermeister einst angetreten. Sicherlich kann ein Normalverdiener die Erhöhung der Hundesteuer, sofern er einen hat, und auch die erhöhten Gebühren laut neuer Verwaltungsge-

bührenordnung wegstecken, aber wie sieht es mit Geringverdienern und Hartz IV Empfängern usw. aus? Angemerkt sei, daß Mensch auch »ohne« auf den Hund kommen kann und das nicht nur durch das Finanzamt. Fünf Euro billigt diesen nach blamablen Gerangel der Staat für 2011 zu, um davon allein für die Hundesteuer durch die Kommune fast die Hälfte gleich wieder zu vereinnahmen.

So weit so gut, oder doch nicht. Verhindern können es die LINKEN in der Gemeindevertretung gegen die Allmacht der Bündnisabgeordneten meist nicht, aber ein eindeutiges nein im Abstimmungsverhalten wäre das Mindeste gewesen, auch als Signal nach außen.

Dazu wird bestimmt in naher Zukunft noch Gelegenheit sein, denn aus den inneren Zirkel der Verwaltung ist zu vernehmen, daß alle Positionen auf den Prüfstand kommen und da gibt es noch einiges – siehe oben –, wo man an der Gebührenschaube drehen kann.

Also schärfen wir unser Profil als LINKE und stimmen zukünftig geschlossen gegen weitere unsoziale Maßnahmen, auch wenn diese mit den oft zitierten Sachzwängen und Vergleichen mit anderen Kommunen begründet werden. Die Zeilen aus dem Lied »Blaue Fahnen« von Hanns Eisler, und Johannes R. Becher, »Links und links, und Schritt gehalten, laßt uns in der Reihe geh'n!« sind auch noch heute aktuell.

Und dabei fällt mir noch etwas ein, Bürgermeisterwahlen stehen im Herbst dieses Jahres an und auch dabei wird es Erklärungen der Kandidaten zu sozialer Kompetenz und Bürgernähe geben und ich gehe davon aus, daß bis dahin auch die Linke in der Gemeinde Schorfheide den Hut in den Ring geworfen hat, denn es wird nicht reichen zu erklären »ich will nicht Bürgermeisterin von Schorfheide werden.«

GÜNTER VOGLER, Schlufft

Für mich soll's rote Rosen regnen . . .

Bernauer LINKE luden zum Frauentag ein

Zum 100. Jahrestag des Internationalen Frauentages lud die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Bernau b. Berlin zu einem musikalisch-literarischen Programm ein. Es war eine unterhaltsame Hommage an die Initiatorin des Internationalen Frauentages, Clara Zetkin. Mit Augenzwinkern und Humor präsentierten die Berliner Schauspielerinnen Angelika Warning und ihre musikalische Begleiterin am Akkordeon, Silke Lange, ihr Programm »Clara Zetkin – Befreiungsehnsüchtige«. In Liedern, Geschichten und Texten führten sie durch das Leben von Clara Zetkin und ihre Zeit, ließen aber dort, wo es nötig erschien, auch aktuelle Bezüge nicht aus. Eröffnet wurde das Programm mit dem Couplet von Friedrich Holländer aus dem Jahr 1919 »Raus mit den Männern aus 'm Reichstag.«

Aktuelle Ähnlichkeiten waren dabei rein zufällig, aber nicht unbeabsichtigt. Zitiert wurde auch Clara Zetkins Rede als Alterpräsidentin zur Eröffnung des Reichstages am 30. August 1932, als sie zur Aktionseinheit gegenüber der faschistischen Gefahr aufrief. Antikriegslieder von Tucholsky, Brecht und Eisler schlossen sich an. Auch wenn die beiden Frauen augenzwinkernd den »Zweitältesten Frauenberuf« von Georg Kreisler, »Das Mädchen mit den drei blauen Augen« interpretierten – mal anrührend, mal satirisch, gab es Beifall aus dem vorwiegend weiblichen Publikum. Sie fragten mit Brecht/Weill »Denn wovon lebt der Mensch?«, ließen die »Marseillaise« erklingen und zum Schluß Hildegard Knefs »Rote Rosen regnen«. Die Bernauer Frauen dankten mit herzlichem Beifall.

MARGOT ZIEMANN

Eine Anzeige in der Zeitung

Nicht von Günter Görlich

Unter gesitteten Bürgern gilt es als unfein, sich selbst zu loben. Rechtsens spricht der Volksmund vom »stinkenden« Eigenlob. Praktiziert wird es permanent von Typen, die sich zu wenig beachtet fühlen, weil sie einen Defekt im Selbstwertgefühl haben. Hemmungslose Naturen scheuen sich nicht, sehr direkt auf ihre Vorzüge, Verdienste und Leistungen aufmerksam zu machen und wollen ums Verrecken nicht begreifen, daß sie sich damit lächerlich, im höchsten Grade unbeliebt, ja sogar verhaßt machen.

Ihre Sätze beginnen alle mit ICH oder ABER ICH. Wenn Tante Lucie von ihrem Ausflug zum Rhein erzählt, trumpft Neffe Detlef-Gonzales auf: Aber als ich neulich wieder mal am Amazonas weilte... Angeberei und Prahlucht finden immer einen Anlaß. Mal saß ein Lehrerehepaar – noch dazu eins im Partnerlook – neben uns im Wirtshaus. Urpötzlich schrie die Frau auf: Die haben hier ja die gleichen Servietten wie in Japan! Es soll zu DDR-Zeiten Menschen gegeben haben, die sich selbst als Aktivist, Studienrat oder Verdienter Sowieso des Volkes ins Gespräch gebracht haben. In funktionierenden Kollektiven gerieten sie in Verschiß, meist kamen sie durch, in jedem Falle aber hing ihnen der Makel der Unanständigkeit an.

Stolz ist eine windige Tugend. Wenn ausgerechnet junge Leute aus sogenannten bildungsfernen Milieus aus der Zufälligkeit, daß sie hier und nicht als Eskimo geboren wurden, Stolz auf ihr Deutschsein herleiten, ist das nicht nur peinlich, tragikomisch und saudumm, es ist auch gefährlich. Wenn einer stolz darauf ist, seinen Facharbeiter, Meister oder Doktor gemacht zu haben oder seine Drogensucht bekämpft oder der Gewalt abgeschworen hat, ist das ein ander Ding. Das war eigene Leistung. Aber auch mit der geht man nicht lautlos hausieren.

Die Gegenwart ist so, daß sich Vordrängler und Laufbahnhengste sichere Hoffnung auf Respekt machen können. Selbst in der Mode

spiegelt sich das wider. Olivgrüne Karosakkos mit Lederbesätzen an den Ellenbogen(!), lange lange Wallemäntel in blaudunkler Färbung samt Trapperhut in gleicher Tönung oder – beim neuen Landadel zu beobachten – die Kombination von Röhrenstiefeln, Reithosen mit Arschleder und verknäpften Bratenrock, sind Uniformierungen, die ihre Träger als zur Schicht der Angekommenen und Macher gehörend ausweisen. Hingegen sind Arbeitslose, die sich in ebensolchem Textil vor den Schaltern der Ämter anstellen, seltener zu beobachten.

Die Rede ist von Anstand, Selbstlob und »Stolz«. Zu den absoluten Undenkbaren indes gehört es, daß sich jemand, sei er nur ein Normalangeber, ein bekloppter Jungnazi oder zurückgeschwebter Prinz, eine riesige Zeitungsanzeige in allen deutschen Nobel- und Würstblättern leistet, um auf die eigenen Vorzüglichkeiten und Leistungen aufmerksam zu machen in einer Tonart, bei der man quasi die stolzgeschwollene Brust mithört.

Die Kanzlerin der Christdemokraten hat es getan und – macht ja nichts – dabei gegen die Tugend der Bescheidenheit, der Ehrlichkeit und der Gelassenheit verstoßen. Was schert mich Luther, was weiß ich von den Aposteln: Ick bin jut, und das muß raus. Gerade jetzt, auch von wegen der Grünen.

Das war eine Woche, bevor ruck- und nachlesbar wurde, was in Amerika, in den engeren Zirkeln der Welt- und Brudermacht, über uns Angie gedacht wird.

Die peinliche Anzeige in den Zeitungen hat aber auch eine Komponente, über die zu spotten sich verbietet. Die Auflistung der Großartigkeiten hat nämlich auch Geld gekostet, sehr viel Geld. Steuergeld, unser Geld. In Zeiten leerer Kassen. Ob das die Amis interessiert, ist fraglich. Den Bundesrechnungshof sollte es allerdings schon etwas angehen. Und uns, die leben Mitbürgerinnen und Mitbürger der Verschwenderin aus der Uckermark.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Filmfest ruft zur Filmeinreichung auf

Das Filmfest Eberswalde – Provinziale ruft deutsche und internationale Filmemacher auf, zur achten Ausgabe des Festivals Filme einzureichen. Gesucht werden Beiträge für die drei Wettbewerbe um das »e« als Hauptpreis der einzelnen Kategorien Dokumentarfilm, Kurzspielfilm und Animation. Zwei weitere Preise werden durch das Publikum vergeben. Einsendeschluß für die Wettbewerbe ist 1. Juni 2011.

Auf der Webseite www.filmfest-eberswalde.de können Filme online oder schriftlich angemeldet werden. Im Zentrum des Festivals steht auch in diesem Jahr wieder der Dokumentarfilmwettbewerb zum Thema Provinz. Denn Provinz ist relativ. Aus den Zentren der

Metropolen wirken schon manche Randbezirke provinziell, während für winzige Dörfer die nächstgelegene Kleinstadt ein urbanes Ballungszentrum ist. Manche Menschen möchten lieber nicht, daß man ihnen ihre Herkunftsregion anmerkt, andere empfinden schon ihren Familienhintergrund als zu provinziell. Die Provinz ist der Ort, an dem uns der Schein nicht weiterhilft. Der Hype wird kleiner, die Mode blendet nicht mehr. In der Provinz kennt man sich persönlich, darin liegt ihre Wahrheit.

Das Filmfest Eberswalde sucht Dokumentationen, die sich mit dem Thema Provinz in seinen reichen Facetten auseinandersetzen.

SEHquenz e.V.

Die Einheit gab uns Kraft

Einheit schworen sich 1921 die Märzkämpfer in Mitteldeutschland. Überall, wo die Arbeiterklasse in Not und Schwierigkeiten war, wurde der Gedanke an die Einheit wach. Die schwere Niederlage der Arbeiter bei Leuna vor 90 Jahren hatte das deutlich gemacht.

Der Einheitsgedanke prägte später auch den Kampf gegen den Faschismus. Die Zersplitterung der Arbeiterklasse war als einer der Hauptgründe für Hitlers Machtübernahme erkannt worden. Folglich war der Wunsch nach Einheit nach dem II. Weltkrieg weit verbreitet. Eine große Mehrheit der einfachen Parteimitglieder unterstützte 1945/46 in der sowjetischen Besatzungszone die Vereinigung von KPD und SPD, die vor 55 Jahren mit dem historischen Händedruck der beiden Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl Wirklichkeit wurde.

Mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) wurde die grundlegende Lehre aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gezogen. Mit vereinten Kräften ging es an den Wiederaufbau des im Krieg zerstörten Landes. Trotz der Störungen, die vom Westen Deutschlands ausgingen, und manch eigener Fehler gelangen den Menschen in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR unter der Führung der SED große Erfolge. So konnten im Herbst 1958 die Lebensmittelkarten abgeschafft werden. Menschen wie Adolf Hennecke und Frieda Hockauf gehörten zu denen, die unter dem Motto »wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben« ihre ganze Kraft und Intelligenz dem Aufbau ihres Staates widmeten. Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien am 21. und 22. April 1946 war hierfür eine der Voraussetzungen.

NORBERT GLASKE

Treffen am Reimannendenkmal

Eberswalde (bbp). Die »Neue Spartakusgruppe« hat jetzt beim Bürgermeister die regelmäßige Durchführung öffentlicher Bürgertreffen am Platz des Max-Reimann-Denkmal im Brandenburgischen Viertel beantragt. Karl-Heinz Blättermann wunderte sich, daß der Bürgermeisters nicht antwortet. Dies ist allerdings auch nicht notwendig. Veranstaltungen unter freiem Himmel sind entsprechend dem Versammlungsrecht bei den zuständigen Behörden unter Angabe des Gegenstandes der Versammlung anzumelden, nicht zu beantragen. Die Bürgertreffen der »Neuen Spartakusgruppe« sollen regelmäßig an jedem ersten Montag des Monats stattfinden.

Anzeige

Märchenbuchsammlung zu verkaufen

Märchen und Sagen aus aller Welt aus einer umfangreichen Sammlung, einzeln oder zusammen. Preis nach Vereinbarung. Bei Interesse eMail an post.an@gerd-markmann.de oder Tel. 03334/356542 (nach 17 Uhr oder AB)

Wassergräben statt Soldaten

Ende Januar wurde im Bundestag zum wiederholten Mal das Mandat der Bundeswehr für den Einsatz in Afghanistan verlängert – erneut gegen die Stimmen der Abgeordneten der LINKEN und auch gegen den Willen von 75 Prozent der Bevölkerung. Mit dieser politischen Lagebeschreibung eröffnete Dagmar Enkelmann am 7. Februar eine Gesprächsrunde zur Ausstellung »Afghanistan. Das wahre Gesicht des Krieges« im Bernauer Bürgerzentrum DIE LINKE. Besonders herzlich begrüßte die Abgeordnete ihre Fraktionskollegin Christine Buchholz sowie Mariam Notten, eine gebürtige Afghanin, die seit 1967 in Berlin lebt und arbeitet.

Christine Buchholz war Anfang 2010 mit ihrem Fraktionskollegen Jan van Aken selbst in Kunduz gewesen und hatte sich dort u.a. mit Verwandten der Opfer des durch die Bundeswehr ausgelösten Bombardements getroffen. Es sei das erste Mal gewesen, daß Bundestagsabgeordnete dies getan hätten, berichtete Buchholz. Sie kenne viele der Menschen, deren Schicksal in der Ausstellung geschildert wird, persönlich und berichtete ergreifend von der Großmutter, deren drei Enkelkinder trotz Verbots zu den Tanklastern ausgerissen waren und sie am Morgen fassungslos vor drei toten Kindern stand.

DIE LINKE fordert unbeirrt den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, bekräftigt Christine Buchholz und Dagmar Enkelmann in Bernau. Mariam Notten erläuterte ihrerseits, wie ihr Land nach mehr als 30 Jahren Krieg wieder zur Normalität gelangen könnte. So ginge es darum, die vielen verschütteten Wassergräben für die Landwirtschaft wieder instand zu setzen. Dies würde wesentlich weniger kosten als der Einsatz der NATO-Soldaten und wäre ein Anfang für einen friedlichen Aufbau. Doch dies ist offenbar politisch nicht gewollt. Bis zu 150.000 Soldaten aus 42 Nationen sind in Afghanistan im Einsatz. Nur etwa 10 Prozent der Hilfsgelder aus den Industriestaaten gelangen bis zu den Notleidenden, 90 Prozent müssen zuvor in Transport und Verwaltung »investiert« werden.

Im Jahr 2001 hatte Mariam Notten mit Hilfe deutscher Freunde und Freundinnen den gemeinnützigen Verein »Scheherazade e.V.« gegründet (www.afghanistan-nimroz.de), der mittlerweile in der Provinz Nimroz im Südwesten Afghanistans sowie in der Hauptstadt Kabul mehrere Projekte für Frauen und Kinder initiierte, darunter Schulen, ein Waisenhaus sowie Frauenbäckereien. Vergeben werden auch Kleinkredite an Frauen zur Existenzgründung. Sie nutzte die Gelegenheit, um für die Unterstützung ihres Vereins zu werben.

BÄRBEL MIERAU

Gedenktage im April 2011

Tage des Gedenkens: jene, die man stets würdigen sollte und andere, die es nicht wert sind genannt zu werden. Es muß jeder mit sich selbst ausmachen, wessen sie oder er gedenkt. Schnell wird dabei erkannt, von welchem eigenen Standpunkt eine(r) dabei ausgeht.

6. April 1966 (vor 45 Jahren): Jahre des »Kalten Krieges« haben die Welt mit ihrem eisigen Hauch überzogen, da startet auf dem Militärflugplatz der GSSD in Finow eine JAK 28 mit den beiden Piloten Boris Kapustin und Juri Janow an Bord zu einem Flug nach Köthen. Wenige Minuten nach dem Start, gerade erst 4000 Meter Höhe erreicht, versagen die Motoren. Die Maschine kann keinen Flugplatz mehr erreichen. Sie stürzt mit der Geschwindigkeit des letzten Schubs der mächtigen Triebwerke in die Tiefe. Dort, in dieser Richtung liegt Berlin-Spandau! Das Gebiet des Klassenfeindes: der britische Sektor! Die Piloten wissen: sie können nur durch Katapultieren überleben. So lautet auch der Befehl der Bodenleitstelle. Die Befehlsverweigerung ist ihr sicherer Tod, kann aber die Rettung zahlloser Westberliner sein, in deren Wohngebiet die JAK 28 ungesteuert stürzen würde. Boris und Juri, seit Jahren eng befreundet, auf gemeinsamen Flügen durch den riesigen Luftraum, dirigieren die gewaltige Maschine mit letzter menschlicher Kraft in den Stößensee. Niemand, außer ihnen selbst, kommt zu Schaden. Wir verneigen uns vor so viel menschlicher Größe!

12. April 1961 (vor 50 Jahren): Der Wettlauf in den Kosmos hatte mit dem Start des ersten Sputniks in den Weltraum am 3. Oktober 1957 kaum begonnen, da startete die erste mit einem Menschen bemannte Weltraumrakete »Wostok 1«. An Bord: Kosmonaut Oberleutnant Juri Gagarin. Die Umlaufbahn um die Erde beträgt 109 Minuten. Nach erfolgreichem Flug landet er wohl behalten in einem Gebiet bei Saratow an der Wolga wieder auf der Erde. Die Ära des bemannten Weltraumfluges hat begonnen. Das Gesicht des beherzten und beliebten Mannes geht um die ganze Erde. Jeder kannte ihn,



den Vater zweier Mädchen. Leider ist er viel zu früh bei einem normalen Übungsflug im Jahre 1968 um's Leben gekommen.

16. April 1945 (vor 71 Jahren): Der 2. Weltkrieg, angefacht und geführt vom räuberischsten faschistischen Regime der Erde, dem deutschen Hitlerstaat, ging seinem unglückseligen Ende entgegen. Zwei sowjetische Armeegruppierungen: Die erste Belorussische Front unter Befehl von Marschall Shukow und die erste Ukrainische Front unter Befehl von Marschall Konew eröffneten den Sturm auf die Hochburg des Faschismus, Berlin. Mit letzten Kräften krallten sich die Reste des längst zerschlagenen Heeres in den Ruinen fest und fügten sich selbst und den siegenden Rotarmisten noch unsagbar viele Opfer zu. Der totale Untergang eines sog. »1000-jährigen Reiches« war eingeläutet. An diesem Sturm nahm in einer Maschine der sowjetischen Luftwaffe auch Alexej, unser betagter Pilot aus Nowy Urengoi, dem fernen Zentrum der sibirischen Erdgasförderung, teil. Wir beglückwünschen ihn noch heute, daß er den Faschismus durch seinen persönlichen Einsatz mit besiegen geholfen hat. Als damals 12-jähriger kann ich mich noch heute recht gut daran erinnern, wie aus der »Goebbels-schnauze«, so wurde damals der sogenannte »Volksempfänger« genannt, die hysterischen Durchhalteparolen der Restnazis gellten. Zwanzig Tage später, nachdem ich die Wirkung der Raketenwerfer »Katjuscha« persönlich kennen gelernt hatte, war der Krieg auch für mich zu Ende. Unvergesslich!

25./26. April 1945 (vor 71 Jahren):

Eberswalde erlebte das wohl letzte Bombardement der deutschen Luftwaffe im 2. Weltkrieg. Zeitzeugen berichten, wie die nach Neuruppin zurück gezogenen Kampfflugzeuge die Stadt anfliegen und sie mit Brandbomben in einen Feuerberg versetzten. In der falschen Annahme, daß schon sowjetische Truppen in der Stadt seien, traf es nur die Zivilbevölkerung. So wurde die Stadt am für sie fast letzten Kriegstag skrupellos in Schutt und Asche gelegt.

Gedenken wir derer, die dieser sinnlosen Vernichtung zum Opfer gefallen sind!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Selbstloser Kampf gegen den Tyrannen

15. April 1881 (vor 130 Jahren): starb die 27jährige Sofja Perowskaja als erste Frau in Rußland als »politische Verbrecherin« am Galgen. Als Zar Alexander II. im Jahr 1861 die Aufhebung der Leibeigenschaft verfügte, war die Hoffnung groß, daß sich Not, Elend und die politische Enge bessern würde. Durch ihren »Gang ins Volk« wollten die russischen Volkstümmler in den 70er Jahren ihren Traum von einem menschenwürdigen Dasein für alle ver-

wirklichen. Doch die zaristische Selbstherrschaft reagierte mit Verbannung, Festungshaft und Galgen. Die Volkstümmler griffen zum zweifelten Mittel des Terrors. Nach mehreren mißlungenen Anschlägen war es der Geistesgegenwart der Petrowskaja zu verdanken, daß es dem »Vollzugskomitee« am 1. März 1881 schließlich gelang, Zar Alexander II. durch zwei Bomben zu töten. An der zaristischen Selbstherrschaft änderte das freilich nichts. gm

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Neue Ausstellung im Museum in der Adler-Apotheke

Vom Obus zum Ebus

Eberswalde ist, neben Esslingen und Solingen, die älteste Obus-Stadt Deutschlands. Nun zeigt eine Ausstellung im Museum in der Adler-Apotheke die Entwicklung des beliebten Verkehrsmittels in Eberswalde und geht der Frage nach, ob der Obus und das System heute noch zeitgemäß sind. Dies wird nicht nur in Fachkreisen, sondern auch unter Politikern und Entscheidungsträgern heiß diskutiert. Darüber hinaus präsentiert die Ausstellung die verschiedenen Obustypen bis hin zur Ausrüstung der neuen Generation der Obusse, die mit ihrem Energiespeicher (sogenannten Supercaps) eine neue Richtung einschlagen.

Der Obus ist im Hinblick auf die Elektromobilität der Automobilindustrie in einigen

Schritten weit voraus. Die 2008 vom Landkreis Barnim beschlossenen Klimaschutzziele mit der Null-Emissions-Strategie werden mit dem Einsatz des Obusses und des zukünftigen Ebusse ausgezeichnet unterstützt.

Gleichzeitig beteiligt sich die Barnimer Busgesellschaft im Rahmen eines internationalen Projektes »Trolley« unter dem Motto »Gemeinsam für die Zukunft der Obusse« an der Förderung des elektrischen Personennahverkehrs.

Die Schau dokumentiert einen faszinierenden Rückblick auf über 70 Jahre Obusgeschichte und bietet einen aktuellen Ausblick auf die neue Entwicklung zum Ebus. Zu sehen ist die Ausstellung bis zum 29. Mai 2011.

BIRGIT KLITZKE

Sonderausstellung Eberswalder Frauen verlängert

Eberswalde (prest-ew). Aufgrund der großen Besucherresonanz verlängert das Museum in der Adler-Apotheke die Sonderausstellung unter dem Titel »Lebenswege von fünfzig Eberswalder Frauen« bis zum 15. Mai 2011. Die Aus-

stellung kann zu den aktuellen Öffnungszeiten des Museums: Dienstag bis Freitag von 10 - 13 und 14 - 17 Uhr, Sonnabend 10 - 13 Uhr und Sonntag 13 - 17 Uhr besichtigt werden. Der Eintritt beträgt 2 Euro, ermäßigt 1 Euro.

Eine unendliche (Ferienlager) Geschichte...

»Wir sitzen hier am Lagerfeuer und wir singen unser Lied, wir schwatzen, springen, toben und wir ha'm uns alle lieb, hier herrscht ein tolles Chaos und die Betreuer sind der Hit, also mach hier doch ganz einfach mit! (Bam Bam Bam)«

So konnte man buchstäblich die Jugendlichen ein Liedchen singen hören. Wo es so schön war? Im Feriencamp der NFJ Brandenburg am Parsteiner See. 23 Teenager und 4 Betreuer genossen dort ihre Ferien. Von überall aus Brandenburg kamen sie, um alte Freunde vom letzten Jahr wiederzutreffen oder um neue Freundschaften zu schließen. Um am Lagerfeuer Marshmallows zu futtern und die Kochkünste von Maxi und Marcel zu genießen. Um mit dem Fahrrad Pfunde zu verlieren oder neue Muskeln beim Berge-hinauf-fahren zu bekommen.

Sie gingen baden, shoppen, picknicken, des nachts wandern und lieferten sich Wasserschlächten, spielten Ball und Karten, hörten gemeinsam Musik, quatschten oder saßen ein-

fach nur auf dem Berg und genossen den Sonnenuntergang.

Alle waren zu einer Gruppe zusammengewachsen, als es dann leider vorbei war. Und so wurden Adressen getauscht, erste Treffen vereinbart und man versprach sich, nächstes Jahr wiederzukommen.

FRAUKE (15 Jahre)

aus dem 2. Durchgang zum Sommercamp 2010

Die NaturFreunde Jugend Brandenburg bietet auch 2011 wieder ein tolles Sommercamp an. Auf dem Campingplatz in Lindow, am schönen Gudelack See. 1. Durchgang vom 2. bis 16 Juli 2011 (10-13 Jahre), 2. Durchgang vom 17. bis 31. Juli 2011 (13-16 Jahre). Interessenten können sich für weitergehende Informationen gerne unter 0331/5813220 melden.

Der dankbare Storch

In früherer Zeit, so erzählt man sich in Gadow, stand auf dem Scheunendach des Fischers Schulz ein Storchennest. Einst wollte das Storchennest im Frühling wie gewöhnlich wieder sein Nest dort beziehen. Doch da zeigte sich ein anderer männlicher Storch, und es entbrannte ein heißer.

Kampf um das Weibchen. Der fremde Storch blieb Sieger, sein Gegner wurde fürchterlich zugerichtet, stürzte vom Scheunendach und brach sich ein Bein: Das Weibchen wollte aber durchaus nichts von dem fremden Storch wissen, sondern blieb ihrem verunglückten Männchen treu, so daß der fremde Storch endlich das Weite suchte.



Die alte Schulzen nahm sich des Verwundeten an, verband ihm den Fuß und heilte ihn, worauf der Storch eine große Zuneigung zu ihr an den Tag legte. Als er vollständig wiederhergestellt war, sagte eines Tages die Alte, die vor der Tür in der Sonne saß und Wolle spann, zu ihrem Liebbling, der ohne Furcht auf dem Hof umherlief, sein Futter aus der Hand seiner Retterin nahm und dann aufs Dach zu seinem Weibchen zurückflog:

»Kneppendräger, ik hebbe di nu dien Been jeheelt, nu kannst du mi ut jennet Land, wo du nu balle hentreckst, ook för mine Mõe wat metbrengen.«

(Knabenbringer, ich habe dir nun dein Bein geheilt, nun kannst du mir aus jenem Land, wo du nun bald hinziehst, auch für meine Mühe etwas mitbrngen.)

Das Storchennest zog bald darauf fort, und als es im nächsten Frühjahr wieder erschien, saß die Alte zufällig wieder vor der Hintertür im Sonnenschein.

Siehe, da flog der Storch ganz dreist zu ihr vom Dach hernieder und ließ aus dem Schnabel eine goldene Münze in ihren Schoß fallen. Auf der Münze stand eine seltsame Inschrift, die selbst der Prediger in Freienwalde nicht lesen konnte. Lange wurde das Goldstück in der Familie als Andenken aufbewahrt, kam dann in das Schulzenamt und von hier an den Amtmann in Neuenhagen. Der Amtmann hatte nämlich die bei einem Gelage erzählte Geschichte für ein Märchen gehalten und durch den Augenschein eines besseren belehrt werden müssen. - Wo aber seitdem die Goldmünze verblieben ist, das weiß niemand, da der Amtmann aus Neuenhagen fortgezogen ist.

Aus der Sagensammlung von Bernd Müller

Evangelische Jugendarbeit Barnim: Jahresplaner 2011

Sehr handlich und frisch gedruckt im neuen A-7-Format kommt er nun in die Hände oder einfach als Datei auf die Rechner von Kindern und Jugendlichen, Eltern, Großeltern und anderen interessierten Menschen. Der Jahresplaner 2011 informiert über Freizeiten und Ausflüge, Konzerte und Veranstaltungen, die die evangelische Jugendarbeit oder Kirchengemeinden im Kirchenkreis überörtlich anbieten. Auch Weiterbildungen für ehrenamtlich und beruflich Engagierte sind dabei zu finden.

Die Veranstaltungen und Fahrten ermöglichen Abwechslung, Erholung und Horizontenerweiterung. Locker, oft indirekt und immer ohne Bekenntnisdruck wird gefragt nach dem, was unser Zusammenleben in kleinen Gruppen und weltweit bedroht und trägt. Ein Schwerpunkt des Planers 2011 sind die Freizeiten in den Sommerferien. So gibt es erstmals einen Kanubauworkshop in Eberswalde, eine Jugendfahrt nach Kroatien und eine Jugendfreizeit mit dem Thema »einfach besser leben«. Die günstigen Teilnahmebeiträge sind nur möglich durch kommunale und kirchliche Förderung.

DIETER GADISCHKE

Wo gibt es den neuen Jahresplaner kostenlos? Bernau: Jugendtreff Offene Hütte, Am Kirchplatz 10 Eberswalde: Jugendkeller, Eisenbahnstr. 84 und in vielen evangelischen Gemeindehäusern und Kirchen im Barnim. Im Internet als PDF-Datei unter www.ejbar.de. Bestellbar auch direkt bei Kreisjugendwart Heinrich Oehme, Tel. 0173 89 38 381, per E-mail: heinrichoehme@gmx.net

»Atomkraft wegbassen«

Streetparade auf dem Eberswalder Marktplatz am 9. April, 11 Uhr

Am Sonnabend, den 9. April, finden bundesweit vielfältige Aktionen gegen Atomkraft statt, so auch in Eberswalde, denn aus aktuellem Anlaß hat sich eine Anti-Atomkraft-Allianz gegründet. Diese Allianz besteht aus aktiven StudentInnen der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE).

Die Anti-Atomkraft-Allianz veranstaltet ab 11 Uhr eine Streetparade, die durch die Eberswalder Innenstadt verlaufen wird sowie mit bunten Aktionen begleitet wird und am Marktplatz startet. Diese Demo steht unter dem Motto: »Atomkraft wegbassen«.

Mit dieser Streetparade soll ein weiteres Zeichen des Widerstandes gegen Atomkraft gesetzt werden, um einerseits den Druck, die Atomkraftwerke endlich abzuschalten, auf die herrschenden Politikern zu erhöhen. Denn die Bundesregierung will nun vor dem Eindruck der Katastrophe die Sicherheit der deutschen

Atomkraftwerke neu überprüfen lassen. Das reicht nicht! Es müssen nun schnell tatsächliche Konsequenzen gezogen werden und der Ausstieg vom Atomausstieg endgültig und unwiderföhrbar rückgängig gemacht werden! Die Atomkonzerne und die sie hofierende Politik werden von der Atomkraft nicht freiwillig abdröcken. Wir müssen sie dazu zwingen, durch den Druck der Straße.

Andererseits wollen wir aber auch die Menschen auf die Alternativen der Stromerzeugung aufmerksam zu machen.

Anti-Atom-Allianz Eberswalde

Offenen Ateliers am 1. Mai

43 Künstlerwerkstätten beteiligt

Am 1. Mai in der Zeit von 10 bis 17 Uhr öfönnen Barnimer Künstlerinnen, Künstler und Kunsthandwerker wieder ihre Ateliertüren. 43 Werkstätten sind in diesem Jahr öföffen. Der Tag des Offenen Ateliers ist im Barnim bereits eine Tradition und eine wunderbare Gelegenheit individuelle künstlerische Handschriften und Techniken kennen zu lernen, Kunstwerke zu kaufen oder nach eigenen Wünschen in Auftrag zu geben. Interessierte haben auch die Gelegenheit, sich zu aktuellen Workshop- und Kursangeboten zu informieren.

Die Ateliers befinden sich nicht immer in Ortszentren, sondern oft auch außerhalb der Städte und Dörföer. Das Logo, die rote Spirale in der Verbindung mit dem Schriftzug Offenes Atelier wird an Straßen und Einfahrten den Weg weisen. Kaffee, Tee, Getrönke, Gebäck werden individuell in den Ateliers und auf den Atelierhöfen angeboten. Tage des Offenen Ateliers im Landkreis Barnim sind jeweils der erste Sonntag im Mai und am 1. Advent. Interessierte finden nähere Informationen im Internet unter www.barnim.de oder unter www.in-fopunkt-kunst.de. **MARIANNE SCHLESTEIN**



Angebot des BIZ Eberswalde

Eberswalde (gm). Mit einem besonderen Angebot geht die Agentur für Arbeit Eberswalde gegen die grassierende Arbeitslosigkeit vor. Unklar bleibt, ob hier von Arbeitssuchenden Dienstleistungen gegen Zahlung eines angemessenen Entgelts abverlangt werden oder ob es einfach darum geht, auf neuen Gebieten Berufserfahrungen zu sammeln – beispielsweise als Zuhälter. Klarer war da ein anderes Angebot, das am gleichen Abend auf den Seiten des BIZ Eberswalde zu lesen war: »Hier Poker spielen! ...und echtes Geld gewinnen!« (www.berufsinformation.org/berufsinformationszentrum-biz-eberswalde/).

Jeden Montag, bis 17. April, von 18 – 21 Uhr: Porträtzeichnen im »Matisse«.

In eigener Sache

Aufgrund privater Verpflichtungen des Redakteurs erscheint die Mai-Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« erst am 11. Mai 2011. Anzeigen- und Redaktionsschluß ist am vorherigen Donnerstag, dem 5. Mai. (bbp)

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telefax: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Archiv, B90/Grüne (2), FDP, Markmann (3), Müller, Muntzek, Splanemann
drucker: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18
redaktionsschluß: 31. März 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 5.5.2011, 12 Uhr.